



**dokumente** \*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Nr. 04/09

# \* Klimawandel und soziale Gerechtigkeit in Deutschland

Die Auswirkungen tragen alle. Aber nicht alle gleich.

Fachtagung der SPD-Bundestagsfraktion  
am 4. Juni 2008 in Berlin

## **IMPRESSUM**

**HERAUSGEBERIN:** FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG  
PETRA ERNSTBERGER, MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

**REDAKTION:** DR. HEIDEMARIE SCHMELTER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**TELEFON:** (030) 227-57133  
**TELEFAX:** (030) 227-56800

[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

ERSCHIENEN IM APRIL 2009

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.  
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

## Inhaltsverzeichnis

---

- 05      **Begrüßung und Einführung**  
Ulrich Kelber, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 07      Marco Bülow, MdB  
Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
der SPD-Bundestagsfraktion
- 09      **Die Bedeutung der Gerechtigkeit für den Klimaschutz**  
Prof. Dr. Felix Ekardt  
Universität Bremen
- 19      **Der Öko Deal – ein sozial-gerechter Umbau**  
Michael Müller, MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär  
im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 25      **Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit**  
Ulrich Kelber, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 30      **Diskussion**  
  
Anton Schaaf, MdB  
Stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales  
der SPD-Bundestagsfraktion  
  
Ulrich Kelber, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
  
Wolfgang Rhode  
Vorstandsmitglied der IG Metall

Gerd Billen  
Verbraucherzentrale Bundesverband

Ulrike Mehl  
BUND für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Moderation

Timm Krägenow  
Financial Times Deutschland

46

**Resumée und Ausblick**

Marco Bülow, MdB  
Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
der SPD-Bundestagsfraktion

Moderation der Veranstaltung  
Frank Schwabe, MdB

# Begrüßung und Eröffnung

Ulrich Kelber, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion



Ich möchte Sie herzlich zu der Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion "Klimawandel und soziale Gerechtigkeit in Deutschland" begrüßen. Peter Struck, der leider nicht anwesend sein kann, lässt Sie sehr herzlich grüßen.

Wir glauben, dass diese Debatte, die wir Ihnen heute erstmals in Form einer Konferenz vorstellen — Welche Diskussionen, welche Richtungen verfolgt die SPD-Bundestagsfraktion? — eine entscheidende Diskussion sein wird. Und die Frage sozialer Gerechtigkeit im Klimawandel hat eine internationale, aber auch eine nationale Dimension. Die internationale ist etwas länger in der Diskussion. Was passiert z. B. mit den Menschen in Afrika, die keinerlei eigenen Beitrag zum Klimawandel geleistet haben, die bis heute beim Ausstoß von Treibhausgasen weit unter dem Maß liegen, das für die Atmosphäre erträglich wäre, die aber gerade, weil sie in verletzlicheren Weltregionen leben, weil sie sich mit ihren Einkommens- und Lebenswirklichkeiten

nahe an der Überlebensgrenze befinden, heute bereits die ersten Leidtragenden sind. Wenn rund um den Mount Kenia die Abflüsse aus den Gletschern verschwunden sind, sind sämtliche Kleinstädte und Dörfer um diesen Berg herum von der Trinkwasserzufuhr abgeschnitten. Diese Menschen haben nie etwas getan, was diesen Effekt bewirkt hätte.

Was tun die Industriestaaten, um diesen Menschen zu helfen? Welchen Zugang bekommen sie zu den neuen Technologien? Wie wird ihnen geholfen, damit sie sich an die neue Situation anpassen? Was ist mit den Menschen in den großen Überschwemmungsgebieten der Flusssysteme, die ebenfalls keinen Beitrag zum Klimawandel geleistet haben, aber die ersten Leidtragenden sein werden, die Bewohner der Südseeinseln, die evakuiert werden müssen, um nur drei der aktuellsten Beispiele zu nennen. Das ist die internationale Dimension, die zu tun hat mit den deutschen Klimaschutzzielen, die zu tun hat mit dem Versuch, ein neues Kyoto II-Protokoll zu initiieren. Sie hat eben auch damit zu tun, dass wir Vorschläge gemacht haben, einen internationalen Emissionshandel zu installieren, ein gemeinsames Klimaschutzziel für 2050 zu setzen, ein einheitliches Menschenrecht auf eine bestimmte Menge von Emissionen. Und die, die auf diesem Weg davon mehr in Anspruch nehmen müssen, zahlen in einen Fonds ein, aus dem diejenigen, die sich an den Klimawandel anpassen müssen, die neue Technologien brauchen, die Entwicklungsmöglichkeiten brauchen, die Finanzierung für solche Projekte bekommen.

Wir haben im Augenblick eine Schwerpunktdenbatte über die Entwicklung der Energiepreise. Und die Frage ist: Wie kann ich Klimaschutz in einer Form politisch umsetzen, dass bei sozialer Gerechtigkeit bezahlbare Energiepreise verbleiben? Das wird heute auf dieser Konferenz der Schwerpunkt sein. Was haben wir bisher an Maßnahmen ergriffen, wo erreichen diese Maßnahmen nicht

schwerpunktmäßig die Bevölkerungsschichten, die besonders betroffen sind und was können wir für die Anpassung tun. Ich wünsche mir aus dem Publikum viele Rückmeldungen. Ich hoffe, dass die Podiumsdiskussion uns einige neue Aspekte bringt und sie uns danach auf dem Weg der Diskussion, die die SPD-Bundestagsfraktion initiiert hat, in den verschiedenen Projekten hilfreich sein kann. Ich bin mir sicher, spätestens nach der Sommerpause wird diese Debatte deutlich an Fahrt gewinnen. Vielen Dank.

---

## Marco Bülow, MdB Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion



Ich begrüße Sie, auch im Namen der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Fraktion, ganz herzlich.

In dieser Woche werden im Bundestag drei wichtige Gesetze beschlossen, und zwar zur Wärmeenergie, zur Kraftwärmekoppelung und zum Erneuerbare Energiengesetz. Die Gesetze sind nicht nur wichtig für das Klima, sie haben auch mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Jetzt fragen sich viele, was hat das mit sozialer Gerechtigkeit zu tun?

Es hat eine Menge damit zu tun, wie Lasten verteilt werden und wie soziale Drucksituationen entstehen können. Wir wissen auf der einen Seite, dass die fossilen Ressourcen, vor allem die Energieressourcen, immer teurer werden, weil sie immer weniger werden und irgendwann erschöpft sind. Die Konsequenzen sind höhere Preise. Die Konsequenzen sind aber auch höhere Konfliktpotenziale.

Der Klimawandel, die Klimaerwärmung zeigt immer stärker soziale Auswirkungen, natürlich international, aber immer mehr auch national. Weil Klimaschutz und der Kampf gegen die Klimaerwärmung und ihre Folgen immer mehr Geld kosten, fragen wir uns, wer die Kosten trägt. Wir haben bei dem Hurrican in New Orleans erlebt, dass dort, wo Wetterkatastrophen zuschlagen, vor allem die getroffen werden, die wenig Geld haben. Und wenn sie das Unwetter überleben, haben sie danach wenig Möglichkeiten, sich wieder eine Existenz aufzubauen. Das heißt im Klartext: Je weniger wir umsteuern, je weniger wir Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, je weniger wir dafür sorgen, dass fossile Ressourcen ergänzt oder ersetzt werden, je weniger sie effizient genutzt werden, um so stärker werden die sozialen Konflikte der Zukunft ausfallen.

Der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat es auf den Punkt gebracht: Wohlstand aufgebaut auf Zerstörung der Umwelt und der Erwärmung des Klimas ist kein wirklicher Wohlstand, bestenfalls eine vorübergehende Milderung der Tragödie. Es wird kaum Frieden, wohl aber mehr Armut geben, falls dieser Angriff auf die Natur anhält. Wir müssen das kurzfristige Denken überwinden und nach nachhaltigen Lösungen des Klimaproblems suchen, um die sozialen Auswirkungen zu vermindern. Wir müssen uns an die Ursachen herantasten und nicht an die Symptome. Wir brauchen zudem schnelle Lösungen für die Problematik der Preissteigerungen, gerade im Energiebereich, damit wir die wenig begüterten Bürgerinnen und Bürger nicht noch stärker belasten. Dieser doppelten Herausforderung will sich die SPD stellen. Und deshalb veranstalten wir heute auch diese Konferenz zum Klimawandel und zur sozialen Gerechtigkeit.

Ich habe nun die ehrenvolle Aufgabe, unsere heutigen Referenten und Diskussionsteilnehmer zu begrüßen. Leider muss ich Ihnen zunächst mitteilen, dass Bundesumweltminister Sigmar Gabriel aus dringenden Gründen nicht kommen kann. Wir haben jedoch einen adäquaten Ersatz mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Michael Müller und ergänzt wird er in seinen Ausführungen von Uli Kelber. Dann begrüße ich Prof. Dr. Felix Ekardt, der auf das Thema Gerechtigkeit noch näher eingehen wird. Er ist einer der wenigen Wissenschaftler, die nicht aus dem naturwissenschaftlichen Raum kommen, sondern er ist Rechtswissenschaftler. Ich habe die Bitte an alle Gesellschafts- und Sozialwissenschaftler, sich mit dem Thema Klima auseinanderzusetzen.

Die Naturwissenschaftler haben uns gute, fundierte Grundlagen geschaffen. Mit dem Bericht des IPCC 2007 sind die Daten noch besser zusammengefasst worden. Noch aber fehlt die Expertise der Gesellschaftswissenschaftler, die darauf hinweisen, was der Klimawandel für den Menschen bedeutet. Darüber hinaus haben wir ein gut besetztes Podium mit Toni Schaaf, stellvertretender Sprecher für Arbeit und Soziales, Uli Kelber, Wolfgang Rhode, Geschäftsführender Vorstand der IG Metall, Gerd Billen, Vorsitzender des Bundesverbandes Verbraucherzentrale. Besonders begrüße ich hier Ulrike Mehl, die viele noch als Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion kennen und nun stellvertretende BUND-Vorsitzende ist. Und ich begrüße natürlich alle hier Anwesenden: Medienvertreter, Wissenschaftler, Politiker, Abgeordnete und Gäste, die zu uns gekommen sind. Ich hoffe, wir werden gute Diskussionen haben. Wir werden sicher viele Fragen aufwerfen müssen. Wir hoffen aber auch die ersten Antwortansätze geben zu können. Durch das Programm führt uns der klimapolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Schwabe, MdB, dem ich ganz herzlich danke.

.....

**Frank Schwabe, MdB:** Wir haben vorher überlegt, wer neben den politischen Persönlichkeiten für die Veranstaltung den Impuls geben soll. Wir haben uns entschieden, dass es kein Klimawissenschaftler sein soll. Wir wollen das Ganze aus einer soziologischen Perspektive betrachten und sind dann auf Prof. Ekardt, Professor für öffentliches Recht mit Schwerpunkt Umweltrecht an der Universität Bremen gestoßen, der außerdem an der Universität Leipzig lehrt. Nachzulesen war auch, dass er Mitglied im Weltkongress, u. a. der Rechts- und Sozialphilosophen, im Weltkongress der Nachhaltigkeitsforscher und im Weltkongress der Rechtssoziologen ist. Außerdem ist Felix Ekardt einer der Nachwuchswissenschaftler des Jahres 2007, und es gibt ein Ranking bei Neon und Capital, in dem er unter die ersten 100 wichtigsten Deutschen gekommen ist. Ich danke Ihnen, Prof. Ekardt, dass Sie zu uns gekommen sind.

# Die Bedeutung der Gerechtigkeit für den Klimaschutz

Prof. Dr. Felix Ekardt  
Universität Bremen



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

für mich als Wissenschaftler ist es ein sehr hilfreiches Vorgehen, dass die Fraktion hier zunächst einen Wissenschaftler zu Wort kommen lässt. Wobei ich in der Dramaturgie naheliegender Weise hier nicht die Aufgabe habe, die aktuellen Ansätze der SPD-Fraktion vorzustellen. Ich werde allerdings zu diesen Ansätzen hin führen, die eben schon etwas prägnant anklagen und sie noch etwas genauer unter die Lupe nehmen.

## I. Wettbewerbsfähigkeit und Sozialverträglichkeit – Bremse der Klimapolitik?

Die nationale und europäische Klimapolitik steht mehr und mehr vor dem Hauptproblem: Wie kann es gelingen, die Klimapolitik weiter voranzutreiben und gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit zu wahren und, besonders im Falle eines vielleicht ja gerade nötigen stärkeren europä-

rischen Vorpreschens in der Klimapolitik, diese „soziale Klimapolitik“ mit der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt der offenen Grenzen in Einklang zu bringen? Das grundsätzliche Problem Wettbewerbsfähigkeit ist bekannt: In einem freien Weltmarkt ist auch die EU Teil des Wettstreits um Unternehmensansiedlungen – womit den Nationalstaaten nicht nur in der Unternehmensbesteuerung, sondern auch in für die Unternehmen kostenrelevanten Feldern wie der Sozial- oder Klimapolitik u. U. die Handlungsspielräume schwinden (nebenbei bemerkt, könnte das auch ein Demokratieproblem sein). Weniger Unternehmensteuern, klamme Sozialkassen sind hier nur einige von mehreren möglichen Zusammenhängen, wenngleich der Freihandel seinerseits ja auch Wohlstand schafft (der freilich den sozial Schwächeren oft nicht zugute kommt). In dieser gleichwohl nicht einfachen Situation (die sowohl für die Armutsbekämpfung im Süden als auch für den Fortbestand des westlichen Sozialstaates Probleme aufwirft) erscheint manchem die Klimapolitik zunehmend als Faktor zu Lasten der sozial Schwachen, die nicht wie Unternehmen mit „Abwanderung“ drohen können.

Wir hier wissen wahrscheinlich alle, dass Klimaschutz manchmal schon mittelfristig finanziell kein Kosten-, sondern potenziell eher ein Gewinnfaktor ist (etwa bei der Wärmedämmung) – und dass Klimapolitik langfristig, wenn man sie mit den möglichen Klimawandelkosten vergleicht, alternativlos ist. Dennoch ist die Angst nicht nur vor Wettbewerbsnachteilen, sondern auch vor sozialen Verwerfungen auch in der europäischen (und nationalen) Politik deutlich zu spüren, wie mir scheint. Konkret: Wir machen bisher trotz aller Anstrengungen immer noch eine vergleichsweise „moderate“ Klimapolitik, wenn man das Erfordernis eines effektiven Klimaschutzes als Maßstab nimmt. Weltweit sind die Klimagasemissionen seit 1990 um rund 35 Prozent gestiegen. Auch die westlichen Länder (die Schwellenländer unterliegen ja bisher keinen Reduktionspflichten)

werden ihre eigentlich nicht sehr weitreichende Kyoto-Zusage, die Emissionen bis 2012 gemessen an 1990 um 5 Prozent zu reduzieren, nicht einhalten. In den OECD-Staaten haben die Emissionen vielmehr um knapp 10 Prozent zugelegt, und dies trotz der Industriezusammenbrüche 1990 in Osteuropa. Auch Deutschland wird sein Kyoto-Ziel womöglich verfehlen, obwohl doch etwa 14 Prozent der zugesagten 21 Prozent Reduktion schon durch den Zusammenbruch der DDR „erbracht“ wurden. Doch der Treibhausgasausstoß der OECD-Staaten muß bis 2050 wohl um etwa 90 Prozent sinken, wenn man eine Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre nicht überschreiten will, die katastrophale Folgen hätte. Denn pro Kopf emittiert ein Europäer immer noch ein Vielfaches mehr als ein Chinese oder Afrikaner, denen man einen gewissen Klimagasausstoß-zuwachs gerade zugestehen müßte, um die drückende Armut auf der Südhalbkugel zu überwinden.

## II. Zu wenig soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz? Ambivalente Befunde

Aber führt eine entschlossenerere deutsche und europäische Klimapolitik nicht zu sozialen Problemen bzw. zu problematischen sozialen Verteilungswirkungen? Diese Frage ist unter der Überschrift „environmental justice“ bisher zwar für die Schadstoff-, aber kaum für die Klimapolitik gestellt worden. Manche meinen, dass nationale und europäische Klimapolitik (wenn die USA, China, Indien usw. gleichzeitig scheinbar untätig bleiben) schon für sich genommen und ganz unabhängig von der Unternehmensteuer- und Sozialpolitik die europäische Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt schwächt, damit Unternehmen abschreckt und allein schon dadurch den Arbeitsmarkt zu Lasten gerade der sozial Schwächeren gefährdet. Nun schafft eine effektive Klimapolitik allerdings im Gegenzug auch Arbeitsplätze, etwa bei den erneuerbaren Energien oder im Energieeffizienzbereich. Bereits ohne konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen (dazu später) könnten sich beide Effekte deshalb gegeneinander aufheben.

Dennoch besteht das soziale Problem des Klimaschutzes. Denn Klimapolitik läuft (da erneuerbare Energien, z. T. aufgrund von Nebenwirkungen wie bei der Bio- oder Windenergie, Kapazitätsgrenzen haben) nicht zuletzt auf Energieeffizienz und teilweise auch auf Verzicht hinaus. Und darauf abzielend machen die meisten Klimamaßnahmen direkt oder indirekt fossile Energieträger teurer (deren Verbrennung den Kern des Klimaproblems ausmacht) – Energie steckt so ziemlich überall drin. Der Satz eines früheren Ministers: Jeder hat ein Recht auf Billigflüge und auf billiges Autofahren – steht damit in Frage. Denn kann eine Familie mit Kindern wirklich die höheren Baukosten für ein klimapolitisch korrektes Passivhaus oder für den energieeffizienteren DVD-Player stemmen, selbst wenn sich das Ganze in vielen Fällen nach längerer Zeit amortisieren mag oder bleibt das Häuschen im Grünen (einschließlich der Autofahrten zum Häuschen) künftig dann doch häufig nur ein Traum? Und sind steigende Energiekosten für manche nicht sogar existenziell? Einfacher gesagt: Die Folgekosten der Klimapolitik treffen womöglich sozial Schwächere intensiv, wogegen z. B. steigende Energiekosten Reichen fast nichts ausmachen. Man sieht schon die Titel der Boulevardpresse vor sich: Dieter Bohlen im Ferrari und die Mutti mit Kind im Bus. Und was ist mit der Rentnerin XY, die abends gar nur noch bei Kerzenschein liest? Zumindest letzteres (vor zwei Wochen so in einem bunten Blatt erschienen) ist zwar eher Polemik, denn Kerzen sind wohl kaum billiger als Lichtstrom. Aber wie ist die Lage bei nüchterner Betrachtung?

- In der Tat haben z. B. die Strom- und Mineralölsteuer (also die Ökosteuer) und auch der europäische Emissionshandel bestimmter Großunternehmen, der ähnlich einer Steuer zu einer Kostenumlage auf die Endverbraucher führt, eine „regressive“ Wirkung, sie wirken also tendenziell zu Lasten der weniger Einkommensstarken. Anders gesagt, wird deren finanzieller Spielraum aufgrund des prozentual größeren Anteils der Energiekosten an ihrem Einkommen wesentlich stärker beschnitten als bei Besserverdienenden (auch wenn diese absolut pro Kopf mehr Energie verbrauchen).
- Hinzu kommt, dass die Senkung der Rentenbeiträge aus den Ökosteuererinnahmen bestimmten sozial schwächeren Gruppen (etwa Arbeitslosen) nichts nützt.
- Viele Förderprogramme und Steuererleichterungen nützen faktisch nur denjenigen, die bereits über ein gutes Einkommen verfügen. Auch das EEG führt faktisch dazu, dass Investitionsstarke hier eine Art „sichere Rendite“ für ihre Investitionen vorfinden, wogegen die Kosten dafür von allen Bürgern (nämlich von der Gesamtheit der Stromverbraucher) aufgebracht werden.
- 840.000 Haushalten wird jährlich die Strom- bzw. Gaszufuhr wegen Zahlungsrückstands gesperrt. Offen ist damit allerdings, in wie vielen Fällen dies wirklich „unverschuldet“ geschieht. Angesichts des nach wie vor eher geringen Anteils der „klimapolitischen“ Kosten am Preis der Kilowattstunde kann man zudem schlecht sagen, dass dieser erschreckende Befund primär ein Ergebnis verfehelter Klimapolitik wäre. Jetzt beginnt sich das Bild zu relativieren, wenn nicht gar teilweise zu revidieren.
- Man kann dies fortführen: Nicht speziell Klimapolitik trifft Ärmere besonders. Bei der Mehrwertsteuer z. B. ist es nicht anders (und dort hat der sozial Schwächere nicht einmal – wie mit dem Kauf energieeffizienter Produkte in Bezug auf die Ökosteuer – Möglichkeiten, der höheren Steuerbelastung sinnvoll zu entgehen). Es ist deshalb zumindest unredlich, wenn manche in hervorgehobener Weise gerade der Klimapolitik Verteilungswirkungen vorwerfen.
- Man könnte jetzt so reagieren, dass man einfach eine andere soziale Verteilung der Erlöse z. B. der Ökosteuer – oder künftiger staatlicher Versteigerungen von Zertifikaten im Emissionshandelssystem – anregt. Allerdings sind die Bürgerumfragen zufolge sowohl für mehr Umverteilung als auch gegen Steuern (UBA-Umfrage und EU-Barometer) – ein Widerspruch in sich.
- Bei alledem noch gar nicht berücksichtigt ist freilich, dass der Klimawandel selbst zu viel größeren sozialen Benachteiligungen bestimmter Gruppen führen dürfte als die bisherigen (moderaten) Maßnahmen zu seiner Verhinderung:
  - a) Es werden die sozial Schlechtestgestellten (da sie aus finanziellen Gründen weniger Verhinderungs- und Ausweichoptionen haben) vom drohenden Klimawandel in Deutschland und Europa mutmaßlich besonders stark betroffen sein.

- b) Mehr noch: Im globalen Maßstab werden aus gleichen Gründen die Hauptopfer des Klimawandels auf der Südhalbkugel leben, obwohl sie zur Verursachung des Klimawandels (wenigstens bisher) nur in geringem Umfang beigetragen haben.
- c) Dies ist um so verheerender, als die soziale Ungleichheit weltweit ohnehin schon extrem ausgeprägt ist.

Wer soziale Gerechtigkeit will, muß deshalb den Klimawandel verhindern, er sollte aber auch über die Kostenverteilung der Klimapolitik offen reden. „Niedrigere (verbrauchsfördernde) Energiepreise“ bringt Sozial- und Klimapolitik aber eben nicht gut zusammen. Politische Maßnahmen sind immer Kompromisse und ganz generell wird jegliche soziale Umverteilung auch von jemandem bezahlt werden müssen. Die in Deutschland verbreitete Sitte, Unvereinbares zu fordern, am einen Tag also die alte Pendlerpauschale (eine Subvention der Klimainanspruchnahme, die außerdem als Steuererleichterung wiederum primär den Besserverdienenden nützt) und vielleicht noch die ebenso wirkende Eigenheimzulage zurückzufordern und am nächsten Tag für „mehr Klimaschutz“ einzutreten, führt jedenfalls nicht weiter.

### III. Grundprinzip sozialer Klimapolitik: „One human, one emission right“

Was aber ist eine „sozial gerechte“ Klimapolitik? Man sollte hier wiederum differenziert vorgehen.

- Auch wenn es unpopulär klingt: Zunächst einmal sind vereinzelte Reiche (der sprichwörtliche Dieter Bohlen) sowohl für die Generierung sozialstaatlicher Verteilungsmasse als auch für die Gesamtmasse der Treibhausgasreduktionen nicht die in erster Linie interessierende Größe.
- Ferner: Eine liberale Gesellschaft garantiert (da sie neben der Freiheit auch die elementaren Freiheitsvoraussetzungen gewährleistet) das absolut zum Leben Notwendige, Rechtsgleichheit und reale Entfaltungschancen für alle – sie gibt jenseits dessen dem demokratischen Prozeß aber keine materielle Gleichverteilung in dem Sinne vor, dass bestimmte materielle Güter zwingend immer allen gleichermaßen zustehen würden. Auch ohne Klimapolitik kann sich nicht jeder einen Ferrari oder einen Flug nach Teneriffa leisten.
- Bei den elementaren Freiheitsvoraussetzungen ist eine Gleichbehandlung dennoch wie bei Freiheitsrechten selbst nötig dahingehend, dass jeder ein bestimmtes absolutes Mindestmaß von etwas zugesprochen bekommt. Dies erzwingt auch Beschränkungen der Begüterten, um das Mindestmaß für alle aufzubringen:
  - Denn andernfalls wäre z. B. für Arme die Freiheit wertlos und liberale Verfassungen garantieren doch gerade gleiche Freiheitsrechte. Dieses „gleiche Existenzminimum“ (ein analoge Chiffre wären die Grundbedürfnisse) bedeutet konkret zweierlei: Es muß jeder ein Mindestmaß an Energie zur Verfügung haben, es müssen allerdings auch alle (denn auch dies ist elementar) vor einem verheerenden Klimawandel möglichst geschützt werden.
  - Der Treibhausgasausstoß muss also absolut verringert werden, und gleichzeitig ist jeder Mensch auf die Freisetzung wenigstens einer gewissen Menge von Treibhausgasen

zwingend angewiesen und dies macht es zumindest naheliegend, mit Ungleichheiten bei der Verteilung vorsichtig zu sein.

- Wichtiger noch erscheint folgendes: Wenn ein öffentliches Gut wie das Klima monetarisiert wird, erscheint es plausibel, den „Erlös“ möglichst allen zu gleichen Teilen zuzuwenden, denn hier kann niemand für sich reklamieren, dass er eine besondere „Leistung“ zur Erzeugung dieses Gutes vollbracht habe. Nicht allgemein „gleicher Wohlstand“, aber sehr wohl gleiche Treibhausgasemissionsrechte für alle liegen daher im Ausgangspunkt nahe.
- Die gleiche Freiheit und das – letztlich ebenfalls aus der Freiheit folgende – Verursacherprinzip gelten allerdings nicht nur hier bei uns, sondern auch global. Es wäre in keiner Weise einsichtig, wenn wir bei der globalen Verteilung der Gesamtmenge an Klimagasen, die bei Vermeidung eines verheerenden Klimawandels schlimmstenfalls freigesetzt werden dürfte, für uns pro Kopf mehr beanspruchen würden, als etwa Afrikaner oder unsere Kinder und Enkel (die für den Klimawandel wenig können) beanspruchen können. Es geht auch um deren Freiheit, auch wenn der damit angezeigte nachhaltige, also weltweit und dauerhaft praktikierbare Lebensstil uns in manchem ein Umdenken abverlangt (Autofahrten, Urlaubsflüge, hoher Fleischkonsum, Häuser im Grünen könnten seltener werden). Wenn wir als Europäer freilich insgesamt bisher „zu viel verbrauchen“ und einige besonders stark über der Pro-Kopf-Marge liegen, müssen diese auch besonders stark in die Pflicht genommen werden, eben „one human, one emission right.“

Allgemeiner ausgedrückt: Es geht darum, ein primär ökonomisches und „staatsabwehrendes“ Freiheitsverständnis zu transformieren und zu realisieren:

- a) Die Freiheit hat auch elementare Freiheitsvoraussetzungen, die bewahrt werden müssen.
- b) Auch die Freiheit künftiger Generationen und von Menschen in anderen Erdteilen muss mitgedacht werden.
- c) Zur langfristigen Sicherung der Freiheit sind auch Spielregeln nötig.

#### IV. Instrumente einer effektiven und sozialen Klimapolitik

Wie aber gelingt die damit angezeigte sozial gerechte Klimapolitik (fürs erste in Deutschland und der EU)? Zunächst einmal: Der beste Weg, langfristig bezahlbare Energie für jeden Bürger zur Verfügung zu haben, ist die Forcierung des Umbaus hin zu mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Eine gewisse Verteuerung der Energie auf dem Weg dorthin wird sich jedoch wohl kaum vermeiden lassen. Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit minimiert man aber jedenfalls, wenn man für alles folgende eine europäische Lösung wenigstens anstrebt.

- Das eleganteste Instrument zur (sagen wir europäischen) konkreten Umsetzung von „one human, one emission right“ wäre theoretisch ein europäischer Kohlenstoffpreis, etwa über eine vereinheitlichte, bisherige Energiesteuer sowie daran geknüpfte Vergünstigungen vielleicht auch ersetzende europäische Energiesteuer in Verbindung mit einer Ausschüttung

aller Steuereinnahmen als Ressourcenprämie pro Kopf an alle EU-Bürger. Stromsteuer und Mineralölsteuer, KFZ-Steuer, Steuerbefreiungen, aber auch z. B. die Rentenzuschüsse aus der Ökosteuer, ggf. auch der europäische Emissionshandel könnten theoretisch in solch einem Modell aufgehen. Da die Ressourcenprämie jedem zukommt, aber die Gutverdienenden als Energiemehrverbraucher mehr zu ihrer Finanzierung beitragen, hebt dies eine etwaige soziale Schieflage der Klimapolitik auf.

Vor allem aber ist der Gesamteffekt dieses und der folgenden Modelle: Wer energieeffizient (bzw. unter Nutzung erneuerbarer Energien) lebt, macht am Ende durch die Ressourcenprämie einen Gewinn – wer dies dagegen nicht tut, macht einen Verlust. Und genau dies ist der gewünschte Aspekt, ohne den dies hier den sozial Schwächeren gar nicht zugute käme. Die Ressourcenprämie wäre bei entsprechend ausgebauten Klimapreisinstrumenten der Startpunkt zu einem Grundeinkommensmodell. Dabei ergeben sich freilich vier genau zu bedenkende Punkte:

- a) Die Sache ergibt von vornherein keinen Sinn, wenn man im Gegenzug die Sozialhilfe senkt o. ä.; hier wie stets ist eine Gesamtbetrachtung geboten.
- b) Höheres „Einkommen“ – für wen auch immer (hier für die sozial Schwächeren) – erhöht stets (wahrscheinlich) auch deren Energieverbrauch; dies ist der Effekt, der sich notwendigerweise – bis zu einem gewissen Grad – auch in den Entwicklungsländern ereignen muss. Letztlich wird dies jedoch wohl nicht gänzlich vermieden werden können.
- c) Unsicher ist auch, ob die Ressourcenprämie bei den „Schwächsten“ wirklich in jedem Einzelfall optimal ankommt, finden sich doch in sozialen Problemgruppen vermehrt Fälle wie Alkoholmißbrauch u. a. m., so dass das Geld nicht in jedem Einzelfall den „abgestellten Stromanschluß“ vermeiden wird.
- d) Eine Ressourcenprämie (bzw. ein „Ökobonus“) entlastet anders als die Aufkommensverwendung der bisherigen deutschen Strom- und Mineralölsteuer nicht gezielt die Lohnnebenkosten und könnte darum als weniger „arbeitsmarktfördernd“ gesehen werden. Dies ist jedoch wiederum so einfach nicht zu sagen: Denn eine Ressourcenprämie könnte genauso gut eine Lohnanpassung auslösen, die wiederum Arbeitsleistung billiger macht. Und ein entscheidender Vorteil der Ressourcenprämie wird bei alledem verschwiegen: Sie erhöht die faktische Akzeptanz einer effektiven Klimapolitik voraussichtlich massiv.

Alternativ zur europäischen Energiesteuer (und wiederum einige Instrumente ersetzend) denkbar wäre ein auf deutlich mehr Bereiche ausgeweiteter europäischer Emissionshandel mit einer 100-prozentigen Zertifikatversteigerung, wobei die Ersteigerer diese Kosten an den Endverbraucher weiterreichen und im Gegenzug aus den Versteigerungserlösen eine europaweite Ressourcenprämie finanziert wird. Auf diese Weise wäre besonders deutlich sichtbar, dass im Ausgangspunkt alle die gleichen Nutzungsrechte an der Atmosphäre haben – und dass alle eine finanzielle Grundausstattung haben, um einen Grundbedarf an Energie abdecken zu können. Im Prinzip wirkt all dies aber wie die europäische Energiesteuer: „Preis und im Gegenzug Ressourcenprämie“.

Geht man diese beiden alternativen Wege (konzeptionell unbefriedigend, aber politisch wahrscheinlich) nicht, muss man eine komplizierte Gesamtbetrachtung anstellen, welche Maßnahmen die Ressourcenprämie ersetzen soll, ob z. B. auch Versteigerungserlöse aus dem dann bleibenden Emissionshandel in sie eingehen sollen o. ä. Gerade die große Lösung (weniger Instrumente, also z. B. europäische Energiesteuer oder europäischer ausgeweiteter Emissionshandel) ist aber eigentlich besonders demokratisch, denn hier wird eine Richtungsentscheidung für die Bürger transparent, auch ohne technisches Detailwissen. Und eine stetig steigende, vorab in ihren nach und nach steigenden Schritten exakt festgelegte Ökosteuer (oder ein ebensolcher Emissionshandel) ermöglicht mehr Planungssicherheit für Bürger und Unternehmen und weniger Bürokratie als die (für die Energiepolitik bisher typische) schwer überschaubare Vielzahl an kleinen, letztlich eher begrenzt wirksamen Regelungen. Zudem sind Steuern freiheitlich und effizient: Man entscheidet dann für sich, wo man spart und wo sich dies am meisten lohnt.

Egal ob man eher „ein“ Instrument oder eher den Instrumentenmix nutzt: es muss in jedem Fall auch die klimapolitische und soziale Wirkung klimagasausstoßfördernder Subventionen in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden, etwa der Pendlerpauschale oder sonstiger Steuererleichterungen und Förderprogramme. All diese Subventionstatbestände und auch „Daseinsvorsorgeprogramme“ für den ÖPNV usw. haben einerseits eine Klimarelevanz und werden andererseits von irgendjemandem bezahlt. Je mehr von diesen „anderen“ Instrumenten man zugunsten einer schlanken Energiesteuer bzw. eines schlanken Emissionshandels abschafft, desto anders würden freilich auch die Preise und die Ressourcenprämie bei diesen schlanken Instrumenten ausfallen, weshalb man auch nicht sagen kann, „der Emissionshandel allein kann nicht den Ertrag der Ressourcenprämie finanzieren“ usw.

Der Gedanke einer sozialen Klimapolitik (durch ein oder mehrere Instrumente) muss ferner auch über die Energiepolitik hinausgetragen werden; zumindest die konventionelle Landwirtschaft ist (etwa wegen der Methan- und Lachgasfreisetzung, aber auch wegen ihrer Energieintensität) ähnlich regelungsbedürftig.

Ebenso sollte man stets den Kostenfaktor in Rechnung stellen, der dadurch anfällt, dass man Klimaschutzmaßnahmen „später“ ergreift und dadurch bestimmte Schäden oder einfach höhere Anpassungskosten auslöst.

Strebt man ferner soziale Neuregelungen im Verhältnis Bürger/Stromkonzerne oder auch Mieter/Vermieter an, sollte jeweils neben der klimapolitischen und der Verteilungswirkung auch überlegt werden, ob eine Neuregelung nicht einfach dadurch in ihrem sozialen Ziel verfehlt wird, dass Preise doch wieder an den Endkunden weitergegeben werden. So sind z. B. Regeln gegen das Investor-Nutzer-Dilemma im Bereich der Gebäudewärmedämmung klimapolitisch sinnvoll. Ob sie sozialpolitisch etwas ändern, erscheint demgegenüber unklar.

Ob man ökonomische Instrumente durch einzelne Totalverbote für Luxusgüter (wie Geländewagen) ergänzen will und kann, bedarf weiterer Diskussion, auch wenn dies die faktische Akzeptanz der Klimapolitik vermutlich erhöhen würde (wobei allerdings auch die Anzahl der Wähler, die gerne Geländewagen fahren möchte, nicht gänzlich zu unterschätzen ist). Einzelne ordnungsrechtliche Regeln, wie etwa Verbrauchshöchstgrenzen für PKWs hätten freilich auch eine positive Breitenwirkung: Denn dann könnte der Benzinpreis geringfügig niedriger sein, auf

welchen ein „sozial Schwächerer“ mangels vorhandenen Investitionskapitals (vergleiche das Häuschen-Beispiel) nicht in gewünschter Weise durch „Kauf eines energiesparenden“ (aber im Anschaffungspreis teureren) Autos reagieren kann.

Wie aber verhindert man, dass aus einer solchen sozial motivierten Klimapolitik Wettbewerbsnachteile für die europäischen Unternehmen entstehen, die diese dann durch entsprechende Lohnabschlüsse oder Drohungen mit Standortverlagerungen beantworten, was „soziale Komponenten“ der Klimapolitik von vornherein erschweren könnte? Ich schildere abschließend die eher visionäre Antwort (eine globale soziale Klimapolitik) und sodann eine realpolitische Alternative.

#### **V. Globale effektive und soziale Klimapolitik**

„One human, one emission right“ sollte ja eigentlich nicht nur europäisch, sondern weltweit die ohnehin bis Ende 2009 anstehende Weiterentwicklung des bisher ziel- und sanktionsschwachen Kyoto-Protokolls sein,

1. wobei die Emissionsmenge pro Kopf, will man gefährliche Klimaänderungen verhindern, so ausfallen müsste, dass sie zwar oberhalb des jetzigen Verbrauchs in den Entwicklungsländern, aber massiv oberhalb des Verbrauchs in den OECD-Staaten läge (wobei die Entwicklungsländer hiermit erstmals eine klare langfristige, in Ländern wie China freilich schon heute erreichte Begrenzung erhalten würden – und die OECD-Staaten erstmals ein anspruchsvolles Ziel hätten).
2. Will dann ein Land mehr Klimagas emittieren, als ihm auf der Basis der Bürgerzahl zuzustehen, könnte man in Fortführung der Kyoto-Strukturen einen entsprechenden Emissionszertifikathandel zwischen den Staaten zulassen. Teilweise würden die westlichen Länder dann Zertifikate kaufen, teilweise aber eben auch einfach auf mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien setzen. So würde der Klimagasausstoß gedeckelt und Geld für die Armutsbekämpfung im Süden mobilisiert werden.
3. Jenseits der bloßen Gleichverteilung müssten die Zertifikate mittelfristig in kleinen jährlichen Schritten wohl auch leicht abgewertet werden, also einen globalen sinkenden Klimagasausstoß bewirken. Es bliebe angesichts eines sanften Einstiegs aber bei wirtschaftlich-technisch machbaren sukzessiven Schritten, abgesichert wohl auch durch Zertifikatshöchstpreise.
4. In jedem Land könnten die Pro-Kopf-Emissionsrechte dann entweder per Emissionshandel mit Ressourcenprämie oder per Energiesteuer und Flächensteuer (um insbesondere die konventionelle Landwirtschaft zu erfassen) mit Ressourcenprämie verteilt werden. Dabei würden im Süden zunächst die Ressourcenprämie hoch und die Steuer niedrig sein und in den OECD-Ländern umgekehrt. Was gerecht wäre: Wir gleichen damit aus, dass wir Westler pro Kopf dem Klima mehr schaden und gleichwohl würde durch die Ressourcenprämie die soziale Gerechtigkeit der Klimapolitik auch in den westlichen Ländern gewahrt sein.

5. Den sozial Schwächeren in westlichen Ländern (aber natürlich auch den Menschen im Süden) würde zudem nützen, dass der Finanztransfer in den Süden dort die sozialstaatliche Entwicklung stimuliert, damit Sozialdumping seltener machen und so den westlichen Sozialstaat mittelfristig stabilisieren würde.

Ein globales System „One human, one emission right“ bedürfte auch über diese Kernelemente hinaus einer ganzen Reihe von Rahmenbedingungen. So bräuchte es eine durchsetzungsfähige globale Institution (in Verbindung aber auch mit einem Rechtsschutz gegen Entscheidungen dieser Institution – wie heute bereits im Rahmen der WTO), welche überwacht, dass tatsächlich nicht mehr Emissionen pro Land ausgestoßen werden als erlaubt – und dass die Weiterverteilung im Lande unter Beachtung der Rahmenregelungen erfolgt. Zu diesen Rahmenregelungen sollte wie gesagt neben der Gesamtemissionsmenge pro Land auch eine globale Rahmenfestlegung erfolgen, welche nationalen (oder kontinentalen) Systeme der landesinternen Weiterverteilung und des sozialen Ausgleichs möglich sind. Besonders sinnvoll erscheinen auch auf nationaler Ebene Emissionshandels- oder Steuersysteme in Verbindung mit einer Ressourcenprämie. Weniger sinnvoll erscheint demgegenüber, beispielsweise den südlichen Ländern die ökonomische Nutzung ihrer Einnahmen aus den Zertifikatverkäufen an westliche Länder völlig freizustellen und ihnen lediglich die Einrichtung von Fonds für entwicklungspolitische Maßnahmen o. ä. zu empfehlen; denn die Erfahrung lehrt, dass eine armutspolitisch nicht zielführende Mittelverwendung – zumal die entsprechenden Länder selten Demokratien sind – eine realistische Gefahr darstellt. Eine weitere globale Rahmenbedingung wäre, dass man neben Höchst- und ggf. Mindestpreisen für den globalen Zertifikathandel eventuell der globalen Institution (sozusagen eine „Weltzertifikatbank“) ein Recht zu Interventionskäufen geben müsste, um Spekulationsgeschäfte notfalls einhegen zu können.

Die nationalen Systeme müßten bei alledem auch einen Weg finden, indirekte Effekte, wie beispielsweise die Abholzung von Wäldern oder den Ackerumbruch, zu berücksichtigen. Allerdings sollte dies in einer Weise erfolgen, dass nicht um absoluter Exaktheit willen das gesamte System bürokratisch zum Erliegen gebracht wird.

Eine offene Frage ist, wie man das Bevölkerungswachstum (bzw. in den nördlichen Ländern die Bevölkerungsschrumpfung) bei der Pro-Kopf-Emissionsrechtezuteilung berücksichtigt. Entweder wählt man hier eine feste Ausgangszuteilung, oder man passt diese jährlich an. Letztlich ist eine feste Ausgangszuteilung in Bezug auf den Süden insofern wünschenswert, als dann keine „Prämierung“ des Bevölkerungswachstums (welches auch das Klima- und das Armutproblem stetig verschärft) erfolgt. Umgekehrt hat eine feste Ausgangszuteilung in den OECD-Staaten den Nachteil, dass diese immer gleich viele Rechte behalten, obwohl ihre Bevölkerung schrumpft.

In jedem Fall vermeidet das hier vorgeschlagene Modell Probleme grundsätzlicher technischer Undurchführbarkeit. Solche Probleme gäbe es aber vermutlich, wenn man statt des vorgeschlagenen Systems einfach sofort einen globalen Pro-Kopf-Emissionshandel etabliert (Personal Carbon Trading). Dieser würde so funktionieren, dass jeder Weltbürger sozusagen direkt per „Kreditkarte“ bei jeder alltäglichen Handlung seine Treibhausgasrelevanz mitverbucht und dementsprechend persönlich zum globalen Zertifikathändler wird. Der „Europäer“ würde dann sozusagen zum ständigen Zertifikatkäufer, der „Afrikaner“ würde dagegen ständig Geld aus Zertifikatverkäufen einnehmen. Der ungefähre wirtschaftliche und klimapolitische Effekt dieses Modells wäre mit

dem vorliegend entwickelten Modell wohl identisch, doch wirft der Pro-Kopf-Emissionshandel in südlichen Ländern, wo Menschen oft nicht einmal ein Bankkonto haben, wohl unüberschaubare Vollzugs- und vor allem auch Kontrollprobleme auf. Freilich schließt dies nicht aus, zu einem – deutlich – späteren Zeitpunkt, etwa in einigen Jahrzehnten, global zu einem System des Personal Carbon Trading überzugehen. Dies hätte den wesentlichen Vorteil, dass die real „armenfreundliche“ Mittelverteilung so u. U. direkter angegangen werden könnte.

Man könnte bei alledem fragen, wie der „Verkauf“ eigener Emissionsrechte zur Idee „One human, one emission right“ passt. U. E. beruht dies jedoch auf einem Missverständnis. Erstens ist niemand zum Verkauf seiner Emissionsrechte gezwungen. Zweitens geht mit dem Verkauf ja eine (gerade für die Entwicklungsländer sehr nützliche) finanzielle Kompensation einher. Interessanter erscheint demgegenüber der Hinweis, dass beispielsweise auch eine Mittelweiterverteilung in den Entwicklungsländern (über eine Ressourcenprämie o. ä.) nicht auf einen Schlag sämtliche sozialen Probleme löst. Deshalb spricht das hier entwickelte System selbstverständlich nicht gegen ergänzende Regelungen z. B. globaler Sozialstandards im Rahmen der WTO.

Ein u. E. wesentlicher Vorteil des entwickelten Modells (aber auch eines Personal Carbon Trading Systems) liegt in jedem Fall darin, dass auch ohne rechtstheoretischen Unterbau seine Grundintention in hohem Maße plausibel erscheint. Ferner ermöglicht es, global eine feste Treibhausgasmenge zu definieren und diese daran zu orientieren, dass die globale Erwärmung auf ein bestimmtes, möglichst geringes Maß (mehr oder minder exakt) begrenzt werden kann.

#### **VI. Ergänzende Ökozölle bei europäischem Vorpreschen – Lösung des Wettbewerbsfähigkeitsproblems**

Solange derartige Globallösungen noch recht visionär erscheinen, könnte man national und noch besser europäisch mit einer effektiven und sozialen Klimapolitik wie skizziert vorangehen und zusätzlich Ökozölle an den EU-Grenzen schaffen. Würden dann Produkte aus Ländern mit einer weniger „kostenintensiven“ Klimapolitik nach Europa eingeführt, würden die Produkte also an der Grenze nachbesteuert werden. Exportiert umgekehrt Europa Produkte, so würden die heimischen Unternehmen bei der Ausfuhr die in Europa gezahlte höhere Energiesteuer zurückerhalten (Border Tax Adjustments). Ökozölle diskriminieren niemanden im globalen Freihandel und sind WTO-rechtlich zulässig. Denn sie sorgen gerade dafür, dass sich Klimaschutzverweigerer wie die USA durch Ökodumping keinen unlauteren Vorteil im globalen Wettbewerb verschaffen. Ökozölle ersparen uns nicht das Überdenken unseres Lebensstils aufgrund höherer Energiesteuern und auch ohne Wettbewerbsnachteile am Weltmarkt gibt es bei höheren Energiepreisen immer auch Verliererindustrien. Ökozölle erlauben es der EU aber, Ländern wie China, Indien und den USA eine effektive und soziale (und wirtschaftlich prosperierende) Klimapolitik vorzumachen. Nur so wird man die Bereitschaft zu einer globalen effektiven und sozialen Klimapolitik wecken. Und ein globales Problem braucht letztlich globale Handlungsbereitschaft.

**Frank Schwabe, MdB, MdB:** Jetzt kommen wir zum Vordenker und Kämpfer der Umweltpolitik. Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär im BMU, Michael Müller.

# Der Öko-Deal – ein sozial gerechter Umbau

Michael Müller, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit



Meine Damen und Herren, jetzt muss ich den schwierigen Versuch machen, ein sehr komplexes Thema in 15 Minuten zu strukturieren und auch noch überzeugende Lösungsvorschläge zu machen. Das ist nicht möglich, aber zeigt die Herausforderung: Die Umweltpolitik wird zur Gesellschaftspolitik.

Das Thema ist nicht neu, es erfährt aber derzeit eine Zuspitzung durch explosionsartig steigende Energie- und Rohstoffpreise. Deshalb ist es gut, dass die Konferenz gerade jetzt stattfindet. Die Umweltdebatte muss sich sehr viel stärker gesellschaftspolitisch einmischen.

Schon bei der ersten großen UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 ist es nicht zu einer Einigung gekommen, weil das Gerechtigkeits Thema zwischen Nord und Süd alles überlagert hat. Es wird ohne das Aufzeigen sozial verträglicher Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten keine globale Verständigung geben. Auf den IPCC-Ta-

gungen des letzten Jahres kam von den Vertretern der Schwellen- und Entwicklungsländer immer wieder das zentrale Argument, dass die globale Klimapolitik nur funktioniert, wenn die Industriestaaten ernsthaft vorangehen. Das Gerechtigkeitsproblem mündet in der Forderung nach der Vorreiterrolle der Industriestaaten beim Umbau.

Ich werde versuchen, an wenigen Punkten klarzumachen, um was es bei dem Gerechtigkeits Thema geht:

1. 1990 hat die Klimaenquete des Deutschen Bundestages die Position in Wissenschaft, Bundestag und Bundesregierung vertreten, dass die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden kann. In der Zwischenzeit ist schon jetzt eine Erwärmung um 1,4 bis 1,5 Grad nicht mehr zu verhindern. Global gehen wir von dem Zwei-Grad-Ziel aus, für das es allerdings in der Weltgemeinschaft noch keine Mehrheit gibt. Es wird von Wissenschaftlern und von einzelnen Ländern vertreten, aber es gibt keinen Beschluss zum Beispiel der UN. Im Aktionsplan von Bali findet sich die 2-Grad-Grenze in einer Fußnote.

Das wäre die allerletzte Ausfahrt vor der totalen Katastrophe, denn selbst die 2 Grad sind höchst problematisch – verbunden mit einem gewaltigen Gerechtigkeits- und Friedensproblem: 1970 zählten wir in Afrika bereits rund 50 Mio. Menschen, die an Unterernährung und Hunger litten. Im letzten Jahr waren es bereits 230 Mio. Menschen. Wenn die 2 Grad-Erwärmung gegenüber 1990 in Afrika eintritt, werden sich nach den Untersuchungen des IPCC die Ernteerträge auf diesem geschundenen Kontinent halbieren. Das wird unvorstellbare, ja wahnwitzige Konsequenzen in der Welt haben. Jedenfalls lassen sich die damit ausgelösten Spannungen und Konflikte nicht mit dem Ausbau der Frontex, also jener Geheimarmee, die Afrikaner nicht nach Europa lassen soll, beseitigt, sondern nur mit einer ökologischen und sozialen Politik, die auf der Basis eines globalen Ethos von einer Weltinnenpolitik ausgeht.

2. An dem Punkt mache ich eine Anmerkung zu meinem Vorredner. Wir müssen bis zum Jahre 2050 weltweit zu einem Klimaschutz kommen, der jeden Menschen möglichst mit gleichen Emissionsrechten belegt. Die Konsequenz heißt aus der Sicht des Klimaschutzes: Zwei Tonnen pro Kopf. Was das bedeutet wird daran klar, dass auch China heute schon viel zu hoch liegt. Klimaschutz ist längst nicht mehr ein Problem der hochentwickelten Industriestaaten, die unbestritten die Hauptverursacher sind und auch die Hauptverantwortung haben. Ein Chinese kommt im Schnitt auf 3,66 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, ein US-Bürger auf 19,74 Tonnen. Dennoch ist China heute das Land mit der größten absoluten Emissionsmenge. Das heißt, selbst China muss sich in seinen Emissionen nach dem heutigen Stand fast halbieren. An diesem Beispiel wird klar, dass die alten Antworten, vor allem auf hohes Wachstum zu setzen, nicht mehr funktionieren. Wir nähern uns einer Naturschranke, die nur um den Preis von Katastrophen überschritten werden kann. Gerechtigkeit braucht eine neue Form der nachholenden Industrialisierung. Von daher muss die Ökologie den Umbau der Industriestaaten mit dem Aufbau der Entwicklungs- und Schwellenländer verbinden.
3. Ein weiterer Punkt der Gerechtigkeitsproblematik wird zweifellos dieses Jahr immer stärker bestimmen. Hierbei spitzt sich die Alternative zwischen Umbau oder Anpassung zu, also entweder das Problem weiterhin auf Kosten Dritter zu entschärfen oder die Ursachen zu bekämpfen. Im Zentrum stehen die steigenden Energie- und Rohstoffkosten. Es gibt keinen wichtigen mineralischen Rohstoff, dessen Preis sich seit dem Jahr 2000 nicht mindestens verdreifacht hat. Im Jahre 2000 lag der Dollarpreis für Öl bei 18, letzte Woche bei 135 US-Dollar. Der weitere Anstieg wird abhängen von Konjunktur und zunehmender Knappheit bei im Trend weiter stark steigender Nachfrage. Hinzu kommen zunehmende Spekulationen.

In den letzten zwei Jahren lag die spekulative Anlage im Immobiliensektor, sie kann sich auf Ernährung, aber auch auf Energie- und Rohstoffe verlagern. Nach amerikanischen Studien können bei den Brennstoffen schon heute bis zu 60 Prozent der Preisbildung spekulativ sein. Also besteht auch hier ein Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem. Das kann die Politik nicht hinnehmen. Es besteht aber die große Gefahr, dass die Forderung aufkommt, der Staat muss sich zurücknehmen und noch mehr das Tor für die Spekulanten öffnen. Aus meiner Sicht heißt die Antwort: Der Staat muss den Umbauprozess für mehr Energie- und Rohstoffproduktivität und bei den erneuerbaren Energien beschleunigen.

Ich habe aber meine Zweifel, ob wir dieses Problem schon wirklich durchdrungen haben. Die Ökologie ist jetzt ins Zentrum der Politik gerückt, sie braucht gesellschaftspolitische Antworten. Das heißt: Wir müssen überdenken, ob das bisherige Modell gesellschaftlicher Stabilität und des sozialen Fortschritts noch machbar ist oder ob ein neues Modell notwendig ist. Das ist aus meiner Sicht der Kern der Herausforderung.

In der Zukunft wird es eine Neubelebung der Gerechtigkeitsdebatte geben, sie rückt wieder – auch als Verteilungsfrage – ins Zentrum. Doch Gerechtigkeit muss erstens die Grenzen in der Belastbarkeit der Natur beachten, also Grenzen akzeptieren. Sie muss zweitens die Endlichkeit der Rohstoffe verstehen und akzeptieren. Und sie muss drittens mehr Gerechtigkeit für die berechtigten Ansprüche der Entwicklungs- und Schwellenländer verwirklichen. Kurz: Es wird nicht wie bisher weitergehen. Auch nicht, wenn das Gerechtigkeits- und Sicherheitsbedürfnis der Menschen durch billige Rohstoffe und eine immer umfassendere Ausbeutung von Natur „eingelöst“ wird. Energie und Rohstoffe sind nicht mehr das Schmiermittel für Wohlstand und Beschäftigung. Diese Zeit ist vorbei.

Um einen Ausweg zu finden, rückt die Ökologie ins Zentrum. Dafür sollten wir uns auch auf die Gründerzeit des Sozialstaates besinnen, die Gedanken von Bretton Woods und New Deal erweitern und Fehler vermeiden. Damals – 1933 – war die zentrale These von US-Präsident Franklin D. Roosevelt, dass es um die soziale Einbettung der Wirtschaft geht. Jetzt ist erneut die soziale und zugleich die ökologische Disziplinierung notwendig. Es gibt Grenzen für wirtschaftliches Handeln, weil nur so alle mehr Freiheit haben.

Der New Deal von 1933 baute auf vier Faktoren auf. Die Stabilität der Arbeitsgesellschaft, hohes Wachstum, die nationalstaatliche Steuerungsfähigkeit zur Regulierung der Wirtschaft und die Durchsetzungsmacht bei der Ausweitung des Verteilungsspielraums. Dies alles wurde weitgehend gespeist aus dem technisch-ökonomischen Zuwachs. Diese vier Eckpunkte sind eindeutig fragwürdig geworden. Insofern geht es bei der Herausforderung, Gerechtigkeit und Ökologie miteinander zu verbinden, nicht nur um Teilkorrekturen am bisherigen Modell. Die gesamte Entwicklung muss auf eine neue Basis gestellt werden.

Deshalb möchte ich Ihnen zu den sozialökologischen Herausforderungen ein paar Zahlen nennen. In der Bundesrepublik findet mit dem Neoliberalismus eine Flucht der Eliten aus der sozialen Verantwortung statt, um ein Zitat des „Spiegels“ zu nehmen. In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der Geringverdienenden von 15 auf 22 Prozent in unserer Gesellschaft erweitert. Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht sind 18 Prozent der Deutschen arm, nach der EU-Methode immerhin noch 13 Prozent. In unserem Land gelten 26 Prozent aller Haushalte als arm.

Gleichzeitig entfallen auf 10 Prozent der Haushalte ungefähr 60 Prozent des gesamten Reichtums in Deutschland. Hier hat sich eine starke Verschiebung ergeben. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist immer weniger ein schräg gestelltes Quadrat. Sie wird immer mehr zum Dreieck mit der breiten Seite unten. Nach den OECD-Berichten gehört Deutschland zu den fünf Mitgliedsländern, in denen in den letzten 10 Jahren die Schere zwischen arm und reich am stärksten auseinander gegangen ist.

Dem stehen gleichzeitig die Zahlen im Energie- und Rohstoffbereich gegenüber. Die Energieausgaben in Nordrhein-Westfalen betragen bei den ärmsten Haushalten, also die unteren 20 Prozent, 8,4 Prozent des Einkommens, bei den 20 Prozent reichen Haushalten sind es 2,8 Prozent.

25 Prozent der Bevölkerung nutzen rund 75 Prozent des Umweltraums in Deutschland. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die ökologische Herausforderung eng mit der Gerechtigkeitsdebatte verknüpft ist. Zum Beispiel, wer ist besonders betroffen, wenn z. B. die Elbe steigt. Oder: Wen trifft das Abrutschen in Bergzonen? Wen treffen besonders oder zuerst Wetterextreme? Oder umgekehrt: Wer kann es sich leisten, Wohnungen energetisch nachzurüsten? Wie können mehr von den effizientesten Haushaltsgeräten gekauft werden?

Wenn jeder 4-Personen-Haushalt die effizientesten Geräte hätte, würde das allein 7 Großkraftwerke einsparen. Oder wer kann sich teurere Öko-Lebensmittel leisten? Tatsächlich gibt es auch ökologisch tendenziell eine Zweiklassengesellschaft. Eine Debatte, die übrigens in Amerika seit Anfang der 80er Jahre unter dem Stichwort Environmental Justice geführt wird. Auslöser war zum Beispiel die auffällige Häufigkeit von Asthma und Krebs bei sozial schwächeren Gruppen.

In den 90er Jahren wurde in den USA bei Afro-Amerikanern sogar eine Debatte über einen ökologischen Rassismus geführt. Präsident Bill Clinton entschied daraufhin 1994, dass vor jedem Programm die ökologischen Auswirkungen auf Minderheiten zu prüfen sind. Diese Richtlinie ist allerdings nicht umgesetzt worden, weil sie unter der Regierung George Bush ausgesetzt wurde. Diese Diskussion wird in den USA bis heute geführt.

In Deutschland ist die Zuspitzung nicht so scharf. Dennoch zeigen alle Studien, dass soziale Schwächere deutlich stärker betroffen sind. Insbesondere zwei Gruppen sind in besonderer Weise von ökologischen Folgen betroffen: sozial Schwache, alte Menschen und Kinder sowie Gruppen, die ein geringes Einkommen und eine geringere Bildung haben und unten angesiedelt sind. Das wurde deutlich in der Studie der Weltgesundheitsorganisation über die Folgen der Hitzewelle im Jahre 2003. Damals fielen in der Bundesrepublik etwa 7.000 Menschen der Hitze zum Opfer, vor allem sozial schwächere alte Menschen.

Ähnliche Untersuchungen gibt es zum Thema Feinstaub. Besonders tragisch ist, dass sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen diesen Konsequenzen nicht entziehen können, insbesondere wenn sie in Industrieregionen leben. Daher kann ich das Ergebnis der neuen Studie des Bundesumweltamtes über die sozial ökonomischen Faktoren der Umweltbelastungen nachvollziehen, dass sozial schwächere Gruppen von folgenden Umweltbelastungen besonders betroffen sind: Erstens von verkehrsbedingten Luftschadstoffen, zweitens von Lärmbelastungen, drittens von erhöhten Innenraumkonzentrationen, viertens von korporalen Belastungen, z. B. Blei, und fünftens von höheren Anschaffungskosten von hocheffizienten Geräten.

Diese Zahlen zeigen, dass die Aussage über die Rolle der Ökologie zwar im Grundsatz richtig ist, aber kurzfristig kostet sie Geld und ist dann eben nicht nur eine win-win-Strategie. Notwendig ist von daher eine Strategie, die soziale Gerechtigkeit herstellt.

Vor dem Hintergrund des Erdgipfels von 1992, als versucht wurde, den Nord-Süd-Konflikt und die Ökologie durch die Leitidee der Nachhaltigkeit im Brundtlandbericht zusammenzuführen, plädiere

ich für fünf zentrale Positionen, die unter der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung verstärkt debattiert werden müssen.

- Erstens, was auch für die Sozialpolitik gilt: Was können wir tun, um sehr viel stärker zu einer präventiven Sozial-, Umwelt- und Gesundheitspolitik zu kommen, um von vornherein das Wohlbefinden des Menschen zu stärken, beispielsweise durch die Humanisierung der Arbeitswelt? Es ist übrigens ein grundsätzlich anderes Verständnis von Gesundheitspolitik, als die heute vorherrschenden kurativen Maßnahmen. Hier heißt die Frage, was getan werden muss, um das Wohlbefinden der Menschen so zu stärken, dass vor allem chronische Krankheiten vermieden werden.
- Der zweite zentrale Punkt ist, dass wir sehr viel stärker zu einem integrativen Vorgehen kommen müssen, d. h. Wirtschaft, Ökologie und Soziales müssen zusammengedacht und zusammengeführt werden. Das ist der Kern der Nachhaltigkeitsidee. Wir müssen — auch aus ökologischer Sicht — die einseitige Ausrichtung auf ein ökonomisches Einheitsdenken überwinden.
- Drittens brauchen wir transparente Indikatoren für Umwelt und Lebensqualität, die man leicht messen und nachverfolgen kann.
- Viertens ist die Zusammenführung der Sozial- und Umweltberichterstattung notwendig.
- Und fünftens wollen wir beim Klimaschutz die Anstrengungen so verstärken, dass er ein Motor sowohl für Innovation als auch für ökologische und soziale Gerechtigkeit wird.

Dabei wird es darum gehen, einen Instrumentenmix zu nutzen. Es wird bei diesen Herausforderungen nie darum gehen, einzelne Lösungen als alleinigen Königsweg zu sehen. Natürlich muss der Emissionshandel ein finanzielles Volumen generieren, das für ökologische und soziale Umwauziele eingesetzt werden kann. Aber allein wird das nicht reichen. Bei der Ökosteuer kann ein Teil des Aufkommens für ökologische Ziele eingesetzt werden, die auch sozial relevant sind — z. B. die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

Zudem ist denkbar, dass es künftig einen gesplitteten Mehrwertsteuersatz geben kann, der in besonderer Weise effiziente oder ökologische Produkte fördert. Dann werden sich auch den breiten Bevölkerungskreisen ökologische Umsetzungsmöglichkeiten eröffnen.

Auch die Stärkung des öffentlichen Sektors ist unverzichtbar. Wir brauchen die Renaissance der Idee der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Stärkung der Stadtwerke und die Verbesserung ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Sozialdumping und Ökodumping müssen verhindert werden. Es sollte geprüft werden, ob ökologische Zölle durchsetzbar sind. Es gibt bei einem solchen Grenzsteuerausgleich unterschiedliche juristische Bewertungen. Aber es ist ein Weg, der weiter verfolgt werden muss.

Letztlich müssen wir Finanzierungsschwächen beseitigen, weil Menschen mit geringen Einkommen sehr knapp rechnen. Das umweltfreundliche, effiziente Produkt zahlt sich zwar mittelfristig

aus, ist kurzfristig aber teurer. Deshalb sind Ideen wie Contracting oder neue Formen der Kreditvergabe hoch interessant.

Wir stehen am Ende des Zeitalters billiger Energie- und Rohstoffe. Die Frage der Gerechtigkeit ist zuerst, aber nicht nur ein ökologisches Thema. Zusammen ist es eine Herausforderung an die soziale, ökologische und ökonomische Vernunft.

---

**Frank Schwabe, MdB:** Ich freue mich, dass so viele zu der Veranstaltung gekommen sind und danke Ihnen allen für Ihr Interesse. Jetzt erhält Ulrich Kelber das Wort, der uns zu Meseberg I berichten wird. Die Sozialdemokraten haben mit den zuständigen Berichterstattern Dirk Becker und Marko Mühlstein wichtige Ergebnisse erkämpft.

# Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

Ulrich Kelber, MdB

Zu Meseberg werde ich nicht berichten, denn das würde Ihnen allen den Spaß an Politik rauben. Aber ich werde Dinge erzählen, die noch nicht Gesamtmeinung einer Partei sind, sondern die in Arbeitsgruppen beraten werden. Es sind Vorschläge, über die diskutiert wird, es ist ein wenig davon, was in der "Hexenküche" passiert. Denn in Berlin ist es noch gefährlicher als in Bonn. Ich bin ja Bonner Abgeordneter und bei uns war das mit den Medien ja viel ruhiger. Wenn man hier sagt, wir haben begonnen über folgendes zu diskutieren, muss man immer wieder Angst haben, dass das als Gesamtvorschlag in den Medien auftaucht. Das ging mir in den letzten Tagen so, als ich im Vorwärts-online sagte, mein Vorschlag wäre, dass sich die Bundesrepublik mit 50,1 Prozent an einer Deutschland-Netz-AG beteiligt. Die Überschrift lautete anschließend: "SPD für Verstaatlichung der Netze". Trotzdem mache ich weitere Vorschläge. Und zwar auch und gerade in der Frage Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Und es gibt drei Hauptgruppen von Themen, über die wir uns unterhalten:

1. Wie helfen wir den Betroffenen durch Klimawandel und durch die über Klimaschutz ausgelösten Veränderungen?
2. Wie werden die Förderprogramme, die wir eigentlich schon haben, genauer und vor allem sozial gerechter ausgestaltet?
3. Wie können wir die Energiekostensteigerung abfedern, ohne Klimaschutz zu konterkarieren oder vielleicht sogar das Gegenteil erreichen und auch damit den Klimaschutz weiter vorantreiben?

Wenn sich der Ölpreis verdoppelt, ist die beste Antwort die, den Ölverbrauch zu halbieren, anstatt zu sagen, jetzt muss man mit dem Klimaschutz aufhören, weil die Energiepreise steigen und damit kein Geld für anderes zur Verfügung steht. Das hören Sie ja von manchen in der Politik. Und wir wissen, bis Oktober steigen die Gaspreise um mindestens 25 Prozent nur wegen des jetzigen Ölpreises, und wenn er weiter steigt, kommen noch einmal 40 Prozent hinzu.

Ich beginne jetzt mit dem Argument "Klimaschutz wird Arbeitsplätze kosten", nicht im Saldo, aber es wird in einzelnen Bereichen Arbeitsplätze kosten. Das heißt: Dass, was bisher mit einer besonders hohen Klimabelastung verbunden war, wird zurückgehen und in anderen Bereichen entsteht dafür etwas Neues. Wir versuchen daher besonders viel über das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu sprechen: Es sind 250.000 Jobs im Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden, aber in anderen wird es eben auch weniger. Aufgabe von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist nicht nur dafür zu sorgen, dass hinter einem Minus und einem Plus unten immer noch ein Plus steht, sondern dass die, die von dem Verlust dieser Arbeitsplätze betroffen sind, eine Chance haben, einen der neuen Arbeitsplätze zu bekommen. Das muss Veränderungen mit sich bringen. Und deswegen sind diejenigen aus der Umweltpolitik, aber auch die Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker besonders daran interessiert, was wir hier in dem Bereich Ersatzarbeitsplätze tun wollen — und zwar nicht nur über Förderprogramme. Das ist ein Teil der Debatte, die die SPD über die Frage der Umgestaltung einer Arbeitslosenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung führen wird.

Also geht es nicht um den Wettbewerb, wer senkt am schnellsten den Beitrag, sondern es geht darum, wer bringt besonders viele Menschen in Arbeit, damit besonders wenig Kosten durch

Arbeitslosigkeit in der Gesellschaft entstehen und für jeden Einzelnen etwas erreicht wird. Wir helfen also dort, wo Unternehmen es selbst nicht schaffen umzusteuern. Diese Debatten finden ja bereits statt, und ich finde es immer wieder hervorragend, wie vor allem im Metallbereich Gewerkschaften und Betriebsräte auf diese Umorientierung bestimmter Unternehmen drängen und sagen: "Ihr müsst in diesem neuen Bereich mehr machen." Aber dort, wo es nicht durch die Unternehmen passiert, muss es darum gehen, was kann an Weiterbildung und an Qualifizierung auf die neuen Maßnahmen unterstützt werden. Das ist vor allem bei den Menschen der Fall, die durch die Umstrukturierung für ihren Weg zu neuen Jobs betroffen sind. Dazu zählen auch die Landwirte, so sehr ich mir auch als politisch Zuständiger in der Fraktion für die Landwirtschaft wünschen würde, dass auch die Landwirtschaft einen stärkeren Beitrag zum Klimaschutz liefert, als sie es heute tut.

Gleichzeitig sind die Landwirte betroffen durch den Klimawandel, vor allem durch eine Zunahme von Wetterextremen, von Dürre usw. Das betrifft insbesondere das Gebiet Deutschlands, in dem wir hier sind, also die Region zwischen Elbe und Oder. Und deswegen sollte so etwas wie die Health-Check-Diskussion und die Überprüfung der Agrarsubventionen und deren Anpassung ab dem Jahr 2013 genutzt werden. Die Aussage, wir wollen herunter von den direkten Subventionen und Zahlungen, ist offenbar nicht das, was man tatsächlich tut. Deshalb muss man jetzt darüber nachdenken, ob für die Zeiten von Dürre, Überschwemmungen, wenn die Landwirtschaft besonders gebeutelt ist, eine Art gemeinsame Elementarversicherung geschaffen werden sollte, die aus Teilen der eingesparten Agrarsubventionen finanziert wird. Wir unterhalten uns also nicht über zusätzliches Geld, sondern über Umschichtungen innerhalb von Bereichen.

Wir erleben bereits, dass Hauseigentümer, Mieterinnen und Mieter durch Wetterextreme massiv betroffen sind, Schäden erleiden, aber auch hinnehmen müssen, dass der Wert von Gebäuden so stark nach unten sinkt, dass die Hypotheken real nicht mehr gesichert sind. Was tut man in einem solchen Augenblick? Wie definiert man hier Daseinsvorsorge? Können wir eine andere Absicherung dieser Kredite sicherstellen, wenn das Hausbanken nicht mehr tun? Wie helfen wir denen, die mit Altbeständen umgehen müssen. Ich spreche nicht über die, die in Hochwassergebieten immer wieder neu bauen; irgendwann muss man auch selbst Verantwortung übernehmen. Aber denen, die in solchen Regionen in alten Gebäuden leben, können wir helfen, dass sie, wenn die Privatversicherungen nichts mehr anbieten, trotzdem Versicherungsmöglichkeiten bekommen. Ist das nicht Teil der Daseinsvorsorge?

Und als Letztes: Wir unterhalten uns in Deutschland über Wärmedämmung. Und wir werden uns zunehmend über Wärmedämmung in der umgekehrten Richtung, nämlich über Klimatisierung von Innenräumen, unterhalten müssen. Die Hitzetoten aus dem Sommer im Jahr 2003 waren darauf ein erster Vorgeschmack. Was ist mit den Seniorenheimen, was ist mit Dachgeschosswohnungen, wo z. B. Familien mit kleinen Kindern wohnen? Was können wir in diesem Bereich tun? Was müssen wir im Ordnungsrecht festlegen? Und wo müssen wir auch hier über Förderung des Umbaus nachdenken? Das sind Punkte, die wir ganz konkret an den Förderprogrammen festmachen müssen, damit wir vorbeugen können. Das geht natürlich auch auf Landes- und Kommunalebene. Auch Stadtplanung muss sich ändern, wenn wir andere Verschattung oder auch einen anderen Hitzeschutz brauchen.

Damit komme ich zum zweiten Bereich der Förderprogramme. Da ist ja in den letzten Jahren einiges passiert. Wir haben ein Wärmedämmungsprogramm, wir haben ein Marktanreizprogramm. Diese Programme haben wir beim Mittelansatz auch angehoben. Ich hoffe, wir erreichen auch eine Verstetigung, um klare Signale einer dauerhaften Umbaustrategie in den Markt zu senden. Aber dann stellen wir fest: Bei all diesen Förderprogrammen profitieren vor allem zwei Gruppen. Bei den Unternehmen sind es die Großunternehmen, bei den Privatleuten Menschen wie ich mit einem eigenen Haus und ausreichend finanziellem Hintergrund. Ja, ich habe gegen Wärmeverlust gedämmt, ich habe eine Photovoltaik-Anlage, ich habe einen modernen Kessel, und ich habe für all das Zuschüsse bekommen. Das zwei Häuser weiter stehende Mietshaus ist aber weiter ungedämmt. Die Mieter werden im kommenden April einen Brief über die Nachforderungen ihrer Mietnebenkosten und eine Ankündigung der neuen Abschläge erhalten. Bis heute ist dort also keine Förderung genutzt worden.

Die Frage lautet also: Wie ändern wir diese Förderprogramme, damit kleine und mittlere Unternehmen darauf auch tatsächlich zugreifen? Wie erreichen wir es, dass Mietshäuser tatsächlich in die Wärmedämmung hineinkommen? Was müssen wir bei Contracting machen, und zwar so, das sage ich bewusst, dass der Mieterbund weiß, wer immer noch an seiner Seite steht? Contracting also in einer Form, dass es nicht zu einer Abzocke der Mieterinnen und Mieter kommt. Aber es muss die Möglichkeit bestehen, dass derjenige, der nur zwei oder drei Wohnungen und keine Kapazität hat, um sich mit Förderprogrammen, Handwerkern und der Bauaufsicht auseinanderzusetzen, sagen kann, ich möchte das von einem Dritten, der Ahnung hat, z. B. die Contracting-Tochter der öffentlichen Stadtwerke, übernehmen lassen. Ergebnis: Die Warmmiete steigt nicht, die Lebensqualität in den Wohnungen steigt und das Ganze ist saniert. Und mit jedem Dollar, den der Barrel Öl teurer wird, ist das mehr und mehr eine soziale Frage.

Und dann geht es auch darum: Wie ändern wir die Kreditrichtlinien so um, dass derjenige, der wenig Geld hat, z. B. die junge Familie, die neu baut, eben die Sonderkredite so in Anspruch nehmen kann, dass ihr Eigenanteil dadurch nicht sinkt und ihre Kreditbedingungen eben nicht schlechter werden, sondern dass der besondere ökologische Bonus auf den Kreditrahmen aufgestockt werden kann. Wir müssen eine Veränderung des Inhalts und der Vergabebedingungen für die öffentliche Kreditverbilligung und die Zurverfügungstellung der Kredite über öffentliche Banken in Angriff nehmen.

Dann komme ich zum letzten Punkt: Ich bin der festen Überzeugung, dass die SPD bei der Haltung bleiben sollte, den Schwerpunkt über verbilligte Kredite und Zuschüsse zu regeln und nicht über die steuerliche Absetzbarkeit entsprechender Kosten. Die steuerliche Absetzbarkeit heißt erneut: Wer viel verdient, bekommt viel vom Staat erstattet. Wer dagegen wenig verdient, erhält weniger Unterstützung. Kreditverbilligungen und Zuschüsse bewirken das Gegenteil: Jeder bekommt das Gleiche vom Staat.

Dann kommen wir zum dritten Bereich: Den Energiepreisen, denn das ist genau der entscheidende Punkt. Die Frage lautet: Wie können wir umschichten und jedem das Gleiche geben? Da fällt als erstes Stichwort stets die Entfernungspauschale. Das Thema ist nicht leicht für einen Umweltpolitiker. Ich vertrete als Umweltpolitiker noch dazu einen städtischen Wahlkreis. Eigentlich gehört diese Entfernungspauschale weg. Ich glaube aber, die Menschen sind bei den derzeitigen Energiepreisen derartig gebeutelt, dass eine solche Debatte sich selbst verbietet. Und das nicht

etwa aus politischem Eigennutz, sondern um diese Menschen zu schützen: Aber: Die Entfernungspauschale, wie wir sie heute haben, ist doppelt sozial ungerecht. Gezahlt wird ab dem 21. Entfernungskilometer. Diejenigen, die für einen kürzeren Arbeitsweg eine teure Miete akzeptieren, bekommen dagegen nichts. Und zweitens ist sie wieder so ausgerichtet, dass der, der keine Steuern zahlt, nichts davon hat. Wer wenig Steuern zahlt, etwa bei einem Durchschnittssteuersatz von 5 oder 8 Prozent — das sind sehr viele Menschen —, der bekommt auch nur 5 oder 8 Prozent dieser 30 Cent. Und der gut verdienende Rechtsanwalt, der aus der Eifel jeden Tag nach Bonn fährt, der bekommt 45 Prozent der 30 Cent von der Allgemeinheit. Das ist höchstgradig sozial ungerecht.

Also heißt es nachdenken und zwei Dinge tun:

Erstens: Jeder bekommt pro Kilometer das Gleiche und nicht in Abhängigkeit von seinem Gehalt und seinem Steuersatz. Es wäre gut, wir würden Gering- und Mittelverdienern ein Mehrfaches von dem geben, was sie heute bekommen. Natürlich würden die anderen folgerichtig weniger zurück erhalten. Und dann muss man sich überlegen, wie man das finanziert, so dass die Regelung wieder ab dem 1. Kilometer gilt — und zwar nicht mit zusätzlich 2,5 Milliarden aus einem Bundeshaushalt, den wir konsolidieren müssen. Und dann kommt der Ökologe ins Spiel: Warum sagen wir nicht, dass die, die glauben in Berlin einen Geländewagen als Firmenwagen fahren zu müssen, obwohl das sicherlich nicht alle Förster sind, den Spritmehrverbrauch selbst zahlen sollen. Dreiviertel aller Geländewagen in Berlin sind solche Dienstwagen. Was ist, wenn wir sagen: Ja ihr dürft weiter eure Benzinkosten steuerlich absetzen, aber nur so viel, wie als Obergrenze in Europa an CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Kraftstoff umgerechnet werden kann, also der Gegenwert von 120 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer. Und alles andere ist eben Privatvergnügen. Auch das würde 2,5 Mrd. Euro einbringen und übrigens ein Steuerschlupfloch schließen. Heute gibt es keine Kontrolle, ob das die Benzinrechnung des Dienstwagens ist oder ob ein Freund seine Benzinrechnung mit dazu gegeben hat. Es ist keine Obergrenze vorgegeben, sie können Rechnungen für 20, 25, 30 Liter pro gefahrenen 100 Kilometer einreichen. Es gibt keine Billigkeitsprüfung in relevanter Form. Wenn wir also ökologisch etwas tun und das sozial gerecht ausgestalten, würde das Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen massiv helfen.

Ich nehme an, dass Sie unsere Debatte über Sozialbedingungen in allen Energietarifen mitbekommen haben. Und als erster Hinweis gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtwerke: Wenn wir so etwas tun, dann werden wir es in jedem Tarif einführen. Es soll nicht so sein, dass die Stadtwerke die Tarife für die sozial Schwachen haben, und die "E wie Einfach" dürfen sich weiter um die lukrativsten Kunden kümmern. Jeder, der in Deutschland Energie anbietet, soll in jedem Tarif Sozialbedingungen einführen. Ich persönlich plädiere für ein unbürokratisches Modell: Danach soll jeder 500 kWh pro Kopf im Haushalt um einen bestimmten Prozentsatz verbilligt gegenüber dem Durchschnittspreis angeboten bekommen. Man muss dann nicht überprüfen, ob jemand sozial benachteiligt ist, weil das für jeden gilt. Wir wissen allerdings, dass der Energieverbrauch um so geringer ist, je weniger jemand verdient. Zweitens ist der Vorschlag familienpolitisch ausgewogen und drittens ist es auch ökologisch sinnvoll, weil Höherverbrauch mit ansteigenden Stromkosten je Kilowattstunde verbunden ist.

Wir prüfen weiterhin eine Mietkostenkappung: Wenn ich in einem Haus wohne, wo sich der Vermieter trotz aller Zuschüsse weigert, etwas zu tun, dann kann es nicht die Aufgabe des Mieters sein, beliebig hohe Heizkosten zu bezahlen. Wenn also ein Mindestmaß an energetischen Standards

nicht eingehalten wird – und das ist nicht der Stand der neuesten Energieeinsparverordnung, aber ich könnte ja im Jahr 2010 verlangen, dass ein Haus wenigstens auf dem Stand von 1980 oder 1990 ist. Wenn das nicht eingehalten wird, dann gibt es eine Kappung in angemessener Höhe. Ich glaube auch, dass wir bei ÖPNV und SPNV einiges tun müssen und das gilt nicht nur auf Bundesebene. Ich weiß, dass in vielen sozialdemokratisch geführten Städten und in den SPD-Stadtratsfraktionen gesagt wird: Wir müssen anstelle der letzten 20 Jahre, wo es immer darum ging, das Defizit des ÖPNV zu senken, nun in eine neue Vorwärtsstrategie kommen, um die Daseinsvorsorge bei Mobilität in den Städten zu erfüllen. Es gibt eben immer mehr Menschen, die Automobilität nicht finanzieren können und deswegen auf öffentliche Mobilität angewiesen sind.

Ich nenne ein letztes Beispiel, damit Sie sehen, wie vielfältig die Diskussion ist. Nehmen wir an, wir haben die Sozialtarife eines Tages eingeführt. Und ich weiß, je höher das Gehalt ist, um so höher ist im Durchschnitt auch der Stromverbrauch. Dann können Leute wie ich mit einem höheren Gehalt darauf reagieren, indem ich mir höchst effiziente Geräte anschaffe. Nur ist mein Nachbar, der gerade mit seinem Gehalt über die Runden kommt oder arbeitslos ist, bei der Ersatzbeschaffung darauf angewiesen, möglichst geringe Anschaffungskosten zu haben, auf Second Hand oder auf die Billiggeräte zurückzugreifen. Das tut er, obwohl der weiß, dass er schon nach zwei Jahren wegen des höheren Stromverbrauchs draufzahlt. Ich hoffe, wir werden im nächsten Jahr zwei Modellprojekte aus den Erlösen der Veräußerung von Emissionszertifikaten starten. Man kann ja manchmal mit Kleingeldbeträgen Ideen losstreuen, z. B. die eines Minicontracting. Das heißt, dass z. B. Stadtwerke die Kostendifferenz zu einem hocheffizienten Gerät auf den Tisch legen, also bei der Beschaffung helfen und dann durch die eingesparten Stromkosten die Abbezahlung gewährleistet ist. Es geht also um eine Art Mikrokredit, um auch Schwächeren den Erwerb höchst effizienter Geräte zu ermöglichen. Vom Zuschuss zu hoch effizienten Geräten halte ich übrigens gar nichts, denn 100 Euro Zuschuss bedeutet eigentlich 80 Euro höherer Ladenpreis. Das ist eine Erfahrung, die wir immer wieder gemacht haben. Es ist am besten, den Energieverbrauch zu reduzieren, um die Energierechnungen bezahlbar zu halten. So wollen wir die beiden Themen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen. Das war der Einblick in die begonnene Diskussion der SPD-Bundestagsfraktion. Vielen Dank.

.....

# Diskussion

## Moderation: Timm Krägenow Financial Times Deutschland

**Frank Schwabe, MdB:** Ich möchte die Podiumsteilnehmer kurz vorstellen: Ulrike Mehl, stellv. Vorsitzende des BUND und lange Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages; Wolfgang Rhode von der IG Metall, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Holzberufsgenossenschaft; Gerd Billen, Vorstand des Bundesverbandes Verbraucherzentrale und Vorsitzender der Jury Umweltzeichen Blauer Engel, vorher Bundesgeschäftsführer des Naturschutzbundes; Anton Schaaf, stellv. Sprecher der AG Arbeit und Soziales. Und ich freue mich sehr, denjenigen, der sich bei der Financial Times Deutschland insbesondere mit den Fragen von Energie und Klimapolitik auseinandersetzt, Timm Krägenow, für die Moderation gewinnen zu können.

**Timm Krägenow:** Guten Tag auch von meiner Seite. Die Diskutanten sind Ihnen gerade schon vorgestellt worden. Das hat den großen Vorteil, dass wir einfach ins Thema reinspringen können. Ich stelle nun eine Frage an Herrn Rhode von der IG Metall: Bei den Autos sehen wir im Moment, dass große Geländewagen und große Sportwagen immer häufiger auf der Straße auftauchen, obwohl diese Autos gar nicht mehr in die Zeit passen und sie der Idee des Klimaschutzes geradezu Hohn lachen. Aber auf der anderen Seite ist aus gewerkschaftlicher Sicht zu sagen, sie bringen neue Beschäftigungsmöglichkeiten und halten die Fabriken am Laufen. Insofern ist eigentlich nichts dagegen einzuwenden, dass diese Autos gebaut werden. Die Frage an den Gewerkschaftsexperten ist: Wie bekommen wir das in Deutschland hin, dass bei der Automobilindustrie, die gerade so mächtig und wichtig ist für die Wirtschaft, die Innovationsanreize auch ankommen? Wie ist es zu verhindern, dass deutsche Autos in anderen Ländern, deren Hersteller ihre Anforderungen an Autos in Richtung sauber und sparsam umgestellt haben, gar nicht mehr verkauft werden könnten? Solche Entwicklungen, dass große deutsche Autos nicht die Norm werden können, kann man schon in Massenmärkten wie China erahnen.

**Wolfgang Rhode:** Ich möchte da direkt anknüpfen. Auf der Hinfahrt zu dieser Konferenz habe ich in der Zeitung gelesen, dass General Motors in Amerika vier Werke schließen will. Dabei handelt es sich insbesondere um Werke für die Produktionen von großen Pick-Ups. Als Hintergrund ist zu sehen, dass auch in Amerika der Benzinpreis steil nach oben gegangen ist und sich diese Autos auch dort nicht mehr verkaufen lassen.

Dieses Beispiel zeigt uns mit Blick auf die Debatte um die Minimierung von Schadstoffemissionen, dass durch eine Strategie des Nichtstuns und des Aussitzens sehr wohl negative wirtschaftliche Folgen entstehen können. Im Augenblick diskutiert die ganze Branche darüber, nach welchen europäischen Regeln die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Fahrzeugen heruntergefahren werden müssen. Schauen wir zurück: In der Vergangenheit gab es die freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilindustrie, in der uns eine Reduktion auf 140 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer bis 2008 versprochen wurde. Nebenbei bemerkt, die IG Metall hat von der Selbstverpflichtung schon damals nichts gehalten. Nachdem die Industrie die Selbstverpflichtung nicht einhalten konnte, hat die EU-Kommission Vorschläge für verbindliche Emissionsminderungsziele gemacht. Wir meinen auch jetzt, dass es richtig ist, die Grenzwerte auf 130 Gramm/pro Kilometer, d. h. 120 über technische Maßnahmen und 10 Gramm über Fortentwicklung von Treibstoffen, festzusetzen. Im Augenblick geht die Debatte darum, wie das dann über die gesamte Flotte verteilt wird. Es gibt einen Konsens, wir teilen ihn, dies nach Gewicht zu machen. Je schwerer der Wagen ist, desto größer muss das Emissionsminderungsziel sein. Es wird also so sein, dass bei den schweren Fahrzeugen größere Anstrengungen gemacht werden müssen. Wenn die Industrie das technisch nicht in den Griff

bekommt, wird es Strafen geben und über deren Höhe laufen im Augenblick große Kontroversen ab. Der Grundgedanke ist richtig: Kommt es zu keiner Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, wird der Hersteller zur Kasse gebeten.

Und wenn ich den Bogen zu der Idee der SPD-Fraktion schlagen darf, ob man die steuerliche Absetzbarkeit besonders großer Dienstwagen kappen sollte, wenn diese Grenzwerte überschreiten, dann finde ich auch diese Überlegung sympathisch. Aber diese Idee muss in Verbindung gesehen werden mit der augenblicklichen europäischen Debatte "Was ist, wenn ein Automobilhersteller die vorgeschriebenen Grenzwerte in einem Zeitraum X nicht eingehalten hat?". Das sind parallel verlaufende Gedanken, einmal die Ausgestaltung auf europäischer Ebene und die hiesige Diskussion, die zusammengebracht werden müssen.

**Timm Krägenow:** Aber die CDU sagt, es darf bei der KFZ-Steuer im Bereich des Bestandes keine Änderung geben, wir wollen die armen Leute, die wenig Auto fahren, nicht belasten. Ist es so, dass die soziale Frage Fortschritte im Klimaschutz behindert und dass sich das genau widerspricht?

**Wolfgang Rhode:** Das habe ich heute morgen schon mehrfach gehört. Ein Unterlassen im Klimaschutz macht allerdings alles nur noch schlimmer. Ein Beispiel: Bauten meine Kolleginnen und Kollegen in den großen deutschen Automobilwerken nur noch Autos mit einem hohen Spritverbrauch, würden sie damit die Preise noch mehr in die Höhe treiben und schränken damit für breite Schichten die Mobilität ein. Oder anders ausgedrückt: Sogenannte „Spritfresser“ belasten die armen Leute besonders. Dieser Gedanke ist in der IG Metall weit verbreitet. Wenn es dann aber konkret wird, sieht die Welt wieder anders aus. Dann üben die leistungsstarken Modelle mit hohem Verbrauch eine Faszination aus. Da sind meine Kolleginnen und Kollegen nicht anders als zum Beispiel die Wählerinnen und Wähler der SPD. Es muß also eine sehr offene transparente und rationale Diskussion darüber geführt werden, wie die Fernziele der Emissionsminderung erreicht werden können. Wir müssen insgesamt dazu kommen, dass soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sich gegenseitig verstärken und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

**Timm Krägenow:** Herr Billen, Sie waren früher beim Naturschutzbund, Sie sind jetzt bei der Verbraucherzentrale und ich glaube, mit diesem Wechsel hat sich Ihr Focus auch etwas verändert. Wenn man Ihnen heute zuhört, dann warnen Sie davor, dass die Verbraucher zu stark belastet werden könnten durch die Umlage für erneuerbare Energien. Wo sehen Sie die Lösungsmöglichkeiten, wie bekommt man das hin, dass wir unsere Gesellschaft modernisieren und an die hohen Preise für fossile Energien anpassen, ohne gleichzeitig zu schweren sozialen Härten zu kommen?

**Gerd Billen:** Ich finde es zunächst einmal sehr positiv, dass sich die SPD mit dem Thema soziale Auswirkung von Klima und Energiepolitik beschäftigt. Das ist meines Erachtens ein Thema, das in den letzten Jahren aus den Augen verloren worden ist. Nicht umsonst fordern wir schon seit längerem bei neuen Gesetzen eine Verbraucherfolgenabschätzung: Was bedeutet ein neues Gesetz, eine neue Verordnung im Portemonnaie der Verbraucher? Was ist beim Klimaschutz zu tun? Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben heute vor allem folgendes Problem: Sie sind verunsichert. Wir sehen im Bereich Gebäudesanierung einen erheblichen Investitionsstau. Theoretisch wissen wir, dass sich die meisten Maßnahmen zur Gebäudesanierung rechnen. Trotzdem wird hier zu wenig getan. Ich würde dafür plädieren, dass man für die verschiedenen Zielgruppen

genau analysiert, was die Verbraucher daran hindert, Investitionen in Angriff zu nehmen. Ich nehme mal das Beispiel Gebäudesanierung. Schon jetzt sind über die Hälfte der Hausbesitzer über 50 Jahre, im Jahre 2020 wird die Hälfte über 60 Jahre alt sein. Das heißt, die Menschen in dem Alter sind in einer ganz anderen Lebenssituation, wenn es darum geht, viel Geld in die Hand zu nehmen, um ihre Häuser zu sanieren, als es vielleicht eine junge Familie hat. Ein 60-Jähriger hat heute unter Umständen schon Schwierigkeiten, überhaupt ein Darlehen zu bekommen, um eine größere Investitionssumme zu schultern. Er weiß vielleicht nicht, ob er in dem Haus überhaupt wohnen bleibt. Mein Plädoyer wäre hier, sich genau anzusehen, in welchen Lebenssituationen Verbraucher stehen, was sind die Faktoren, die eine Investition behindern und die, die sie fördern. Verbraucher wollen aus der Kostenfalle mit den Energiepreisen herauskommen. Der Klimaschutz wird zu einer positiven Nebenwirkung in dieser Diskussion. Die Bundesregierung hat in ihrem integrierten Klimaschutzprogramm bis zum Jahr 2020 einen Rohölpreis von ungefähr 30 Dollar pro Barrel zugrunde gelegt. Sie sehen, wo wir heute sind. Diese Preisentwicklung ist das, was die Verbraucher verunsichert.

Das Ziel sollte sein, dass Wohnen und Warmmiete bezahlbar bleiben. Ich halte wenig von Vorschlägen, die Steuern auf Energie zu senken. Das hat überhaupt keine langfristigen Effekte. Wir müssen das, was an Mitteln zur Verfügung steht in den nächsten 10, 15 Jahren vor allem darin investieren, dass Verbraucher im Bereich Gebäude, Strom und Mobilität Alternativen haben und weniger für die Energieträger ausgeben müssen. Wir haben durchgerechnet, dass man mit einem jährlichen Förderprogramm von ca. 20 Mrd. Euro einen großen Teil dieser Wirkung erzielen könnte. Allein die Mehreinnahmen des Staates aufgrund gestiegener Energiepreise, aufgrund steigender Benzinpreise ergeben die Spielräume in Verbindung mit den Erlösen aus der CO<sub>2</sub>-Versteigerung, um dieses Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen. Danke schön.

**Timm Krägenow:** Herr Schaaf, Sie sind stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales und Sie sehen sich wahrscheinlich an, wie sich die deutsche Gesellschaft verändert und wie sich die Einkommensverteilung und die Besitzverteilung auf der Welt verändern. Im Moment gibt es die gravierende Entwicklung, dass sich Energiepreise stark verteuern. Öl wird teurer, Benzin wird teurer, Gas wird teurer, Strom wird teurer. Und davon betroffen sind natürlich vor allen Dingen Haushalte mit wenig Einkommen und Leute in armen Ländern. Ist es nicht so, dass man niemandem, der sich kaum noch leisten kann, sein Haus zu heizen oder zur Arbeit zu fahren, diese neuen Lasten aufladen kann, um das Klima zu schützen?

**Anton Schaaf, MdB:** Zunächst einmal finde ich es richtig, dass man die Verknüpfung so vornimmt, weil ich glaube, dass die Frage Klimawandel, aber auch die Bekämpfung des Klimawandels enorme soziale Dimensionen hat. Wenn jemand zu mir in die Bürgersprechstunde kommt und erzählt, dass er sich entscheiden muss, ob er weiter Auto fährt oder zu Hause heizt, dann ist die soziale Dimension am Schicksal eines einzelnen schon greifbar, weil sich Energie enorm verteuert hat. Fossile Energie wird sich weiterhin verteuern, weil wir eine zunehmende Verknappung haben.

Und damit stellt sich eine soziale Frage und eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Bei der Steuerdebatte wird dies auch sehr deutlich. Wenn man Energiesteuern senken würde, hätte es fatale Verteilungsfolgen. Diejenigen, die die meisten Energien verbrauchen, hätten die größte Ersparnis. Würde man fossile Energien zusätzlich verteuern, um klimafreundliches Verhalten zu bewirken, hat es natürlich eine soziale Dimension, wenn Menschen z. B. zur Arbeit fahren müssen

und eben nicht genügend Einkommen haben. Da stellt sich die Frage, ob man nicht eher versucht, den Energieverbrauch beim Autofahren wesentlich zu reduzieren und andere Energieträger zu nutzen. Das ist eine soziale Dimension. Die Verteilungsfrage bei der Belastung von Menschen ist für mich eine entscheidende Frage zwischen Nord und Süd, also den entwickelten Industriestaaten und den armen Ländern dieser Welt. Man kann den armen Ländern nicht noch zusätzliche Lasten aufbürden, wenn man selbst derjenige ist, dafür die höchste Verantwortung hat. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, die soziale Dimension, die stellt sich mehrdimensional, nicht nur in Bezug auf die Anpassung an den fortschreitenden Klimawandel, sondern auch im Kampf gegen den Klimawandel.

**Timm Krägenow:** Herzlichen Dank, Herr Schaaf, wir haben eben von der Gewerkschaftsseite gehört, dass bei Absichtserklärungen, die in die weitere Zukunft reichen, der Konsens schnell hergestellt ist, aber wenn es darum geht, Maßnahmen scharf zu stellen und konkret und schnell etwas zu ändern, dann gibt es auch Widerstände und Streit. Ich glaube, das beschreibt auch ganz gut die Lage in der großen Koalition. Mit Absichtserklärungen sind sie ganz gut und wenn es um konkrete Punkte geht, dann gibt es viel Streit. Warum ist das so, warum schafft es die große Koalition nicht, das Mieter-/Vermieterdilemma zu lösen. Im Grunde genommen müsste man doch denken, dass es nicht unmöglich ist. Es ist eigentlich im Sinne aller Beteiligten, dieses Problem zu lösen und warum bleibt der Klimaschutz an solchen organisatorischen Fragen hängen? Warum gibt es da keine Lösung?

**Ulrich Kelber, MdB:** Ich glaube, dass die große Koalition besser ist als ihr Ruf. Wir haben eine Menge in diesem Bereich gemacht. Nach mehreren Sitzungen zum EEG kristallisierte sich heraus, dass wir uns aufeinander zu bewegen können. In der Koalition und in jeder Fraktion ist es nicht viel anders als in der Bevölkerung. Im Augenblick treffen zwei Ideologien in diesen Verhandlungen aufeinander. Anfang des Jahres hat Volker Kauder gesagt: "Unser Hauptziel ist, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kosten zu schützen." Der Satz hört sich unglaublich gut an und er ist unglaublich dumm. Der Bundeswirtschaftsminister hat sich ähnlich geäußert. Würde man nach diesem Kriterium als Kaufmann verfahren, müsste ich die Mitarbeiter entlassen, das Ladenlokal verkaufen, keine neue Waren bestellen und die Werbung einstellen. Alles sind Kosten. Im nächsten Monat würde ich mich wundern, dass ich pleite bin.

Und deswegen gibt es Bereiche, da muss ich mich sofort um die Kosten kümmern. Es geht z. B. um die Frage nach mehr Wettbewerb, um im Energiesektor keine Monopolrenditen zu haben. An anderen Stellen muss ich investieren, um meine Kosten zu senken, z. B. in Wärmedämmung, z. B. in erneuerbare Energien. Ich nenne die Fotovoltaik nur als Beispiel, der kostentreibende Faktor ist er nicht. Aber selbst unter deutschen Verhältnissen werden wir ab 2014 Strom vom Dach aus der Fotovoltaik-Anlage preisgünstiger haben als Strom aus der Steckdose. Das heißt, wir investieren jetzt in die Lebensversicherung gegen steigende Strompreise. Und das sind zwei unterschiedliche Ideen, die aufeinanderprallen. Und daraus einen Kompromiss zu machen, ist ungefähr so leicht wie die Bürgerversicherung gegen die Kopfpauschale.

**Timm Krägenow:** Herr Billen hat sich schon ein wenig mit der Frage der EEG-Umlage beschäftigt, dass dadurch der Strom teurer wird und warnt, dass da zu hohe Lasten auf die Verbraucher zukommen. Herr Billen, fassen Sie Ihre Kritik nochmal zusammen. Welche Gefahr laufen wir, wenn wir in diesem Bereich investieren?

**Gerd Billen:** Wir haben uns die Verteilungswirkung des EEG angesehen. Am Ende stehen in der Regel große Fonds und große Anlagegesellschaften, die in die Unternehmen für erneuerbare Energien mittlerweile investieren. Das heißt, durch das EEG versprechen sich die Anleger eine weitaus höhere Rendite als in anderen Bereichen. Das ist völlig in Ordnung und das wird auch genutzt. Das wird aber auch von all denen bezahlt, die wenig Geld haben. Von daher ist sorgfältig zu beobachten, wie diese Umverteilungsprozesse aussehen. Wichtiger ist jedoch, dass wir diejenigen, die geringe Einkommen haben, möglichst darin unterstützen, dass sie ihren Energieverbrauch drosseln können und Energie einsparen.

Noch einmal zum Thema Anreize und EEG: Bis wann fördert man den Einsatz einer neuen Technologie, was sind die Effizienzmaßstäbe? Es gab einen Streit um die Förderung von Fotovoltaik, da eine ganze Reihe von kleineren und mittleren Betrieben gesagt haben, wir brauchen die Einspeisevergütung, um hier auf unsere Kosten zu kommen und die Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist ein wichtiger Hinweis. Es gibt aber andere Firmen, die gesagt haben, die Einspeisevergütung könnte weiter gekürzt werden, sie kämen auch so über die Runden. Wir haben hier einen Konflikt: Erhalten wir Arbeitsplätze, bauen wir neue Unternehmen auf oder sorgen wir dafür, dass Verbraucher auf eine effiziente Art zur Förderung von regenerativen Quellen beitragen und auch den eigenen Nutzen haben? Deswegen sind aus Sicht der Verbraucher immer zwei Fragen zu stellen. Erstens ist eine Maßnahme effizient unter dem Gesichtspunkt CO<sub>2</sub>-Vermeidung und zweitens ist sie kosteneffizient? Die in Berlin aktiven Lobbyorganisationen melden viele Ansprüche an. Aber längst nicht alle sind im Interesse von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Positiv anzumerken ist, dass sowohl das Umweltministerium als auch das Wirtschaftsministerium jetzt eine stärkere Förderung von Beratung und Information in diesem Sektor aufgelegt haben. Viele Verbraucher brauchen eine Art Hausarzt, der sie darin unterstützt, die richtigen Investitionsentscheidungen – wie Uli Kelber das genannt hat – bei der Gebäudesanierung oder im Mobilitätsbereich zu treffen.

Ich möchte noch einen Satz sagen zur sozialen Dimension. Es ist in der Tat so, dass in den einkommensschwächeren Schichten die Ausgaben für Energie mittlerweile bei 15-17 Prozent liegen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann einkommensschwächere Schichten mehr für Energie ausgeben müssen als für Lebensmittel. Und es sind diese Schichten, die nicht das Geld haben, sich einen A++ Kühlschrank zu kaufen. Zudem gehört der größte Teil dieser einkommensschwächeren Schichten nicht zu den Hausbesitzern, sondern sie sind Mieter. Sie sind dadurch weitaus weniger als andere in der Lage, durch eigenes Verhalten zum Stromsparen und Energiesparen beizutragen.

Deswegen ist aus Verbrauchersicht insbesondere für die Mieter die Lösung dieses Zielkonflikts ganz elementar. Wenn die Hälfte oder mehr Menschen mit niedrigerem Einkommen zur Miete wohnen, dann sind deren Handlungsspielräume begrenzt. Von daher kann ich die SPD nur ermuntern, auf Vorschläge zurückzugreifen, die der Mieterbund oder der Bund der Energieverbraucher gemacht haben, um hier Lösungen zu finden. Im Bereich der Mobilität benötigen wir ein neues Programm zum Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Denn schon jetzt – und das ist absehbar – werden die Kosten für Energie steigen, selbst wenn die Fahrzeuge einen geringeren Energieverbrauch haben. Wir müssen uns darauf einstellen, dass es für viele zu teuer wird, mit dem Auto zu fahren und dass es immer lukrativer und attraktiver wird, sich mit dem öffentlichen Nahverkehr zu bewegen. Hier ist aber auch ein Investitionsstau in Deutschland. In den letzten fünf Jahren ist zu wenig passiert. Hier muss mehr in die Verbesserung der Infrastruktur gesteckt werden, damit Menschen im Bereich Mobilität überhaupt eine Ausweichmöglichkeit haben.

**Timm Krägenow:** Herr Kelber, ich will nochmal ins Grundsätzlichere gehen. Ist es nicht so, dass die soziale Gerechtigkeit ein ganz großer Grundwert der SPD ist? Gleichzeitig wollen Sie die Industriegesellschaft modernisieren und auf weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen und auf weniger Energieverbrauch umstellen. Sind das nicht eigentlich Widersprüche? Ist es nicht so, dass man im Grunde genommen feststellen kann, Innovation setzt sich immer über die Reichen durch, Innovation setzt sich immer über die ganz Schlaunen durch, die an der Spitze der Gesellschaft stehen und die, die Hartz IV bekommen, die keine gute Ausbildung haben, können nicht die Schritte mitvollziehen, die sie von den Kosten entlasten werden. Wie will die Volkspartei SPD dieses Problem lösen? Gibt es da auch einen größeren Plan als viele Detailmaßnahmen? Wie bekommt man soziale Gerechtigkeit und technischen Fortschritt unter einen Hut?

**Ulrich Kelber:** Vorhin war ich nicht ausführender Architekt, sondern Handwerker am Haus, weil das die beste Methodik ist. Man bekommt ein Thema und kann über verschiedene Wege vorangehen. Man kann ein kluges Papier schreiben, das alle lesen. Die Hälfte findet das richtig, wenn man gut ist, drei Viertel und dann setzt man es durch. Oder man macht den Druck über Vorschläge, die sich in sich selbst erklären und der Einzelschritt bringt die Unterstützung für die größere Reform. Das war einmal die Grundideologie des Jusoflügels, dem ich angehört habe. Die eine Reform schafft den Mut für die nächste Reform. Ich glaube, dass das für die SPD zusammengehört. Aber es gibt ein Trägheitsmoment, wie bei demjenigen, der immer so müde ist und dem der Arzt empfiehlt, Sport zu machen und dieser antwortet: Ich kann doch keinen Sport machen, weil ich so müde bin. Hat die Bundesrepublik als Volkswirtschaft die Kraft, soziale Gerechtigkeit und technischen Fortschritt zu verbinden? Ja, sie hat diese Kraft. Wir haben die Ideen, wir haben das Wissen und wir haben die finanziellen Möglichkeiten. Man muss unterscheiden, wie man Menschen helfen kann, diese Phase zu überstehen.

Vorhin tauchte die Frage nach dem Mieter-/Vermieterdilemma auf. Wenn wir die Vorschläge des Mieterbundes 1 : 1 umsetzen könnten, würden wir das sofort in Angriff nehmen. Demgegenüber nennen die Vermieter ebenfalls das Hauptproblem und sagen, dass der Vermieter nur 11 Prozent seiner Investitionen auf die Mieter umlegen darf. Sie brauchen mindestens 20 Prozent Rendite. Dann gibt es den Vorschlag, das Contracting zu erleichtern. Ich persönlich würde auch sagen, dass die Rechtssicherheit erhöht werden sollte, damit ein Vermieter die Folgen seiner Maßnahmen abschätzen kann, aber nicht unbedingt die Rendite mit umlegen darf. Es soll ja ein Gewinngeschäft für beide Seiten sein. Meine Lieblingsprojekte bei der Contractingtochter der Bonner Stadtwerke haben dazu geführt, dass die Warmmiete niedriger oder nur gleich hoch war wie vorher. Gleichzeitig war aber die Wohnqualität in den Wohnungen besser, die CO<sub>2</sub>-Bilanz war enorm verbessert.

Das haben wir etwa bei der Hälfte der Projekte geschafft. Bei den anderen haben wir den Menschen eine Art Versicherung gegen steigende Ölpreise gebracht. Wir werden im Aufsichtsrat bei den Projekten der letzten 7 Jahre, bei denen herausgekommen ist, dass die Warmmiete höher war als zuvor, die Berechnungen noch einmal auf der Grundlage von 130 Dollar pro Barrel durchführen lassen. Denn zu Beginn war die Grundlage 20 Dollar. Die meisten dürften auch jetzt sehr froh sein, dass sie diese Maßnahme gemacht haben. Michael Müller hat vorhin versucht, das in eine Grundphilosophie zu gießen. Und ich glaube, dass sind die richtigen Ansatzpunkte hierfür.

**Timm Krägenow:** Frau Mehl, die Umweltbewegung hat ja lange Zeit ihren Blick darauf gehabt, möglichst schnell den ökologischen Umbau hinzubekommen und hat in einigen Positionen vielleicht auch Fundpositionen gehabt, wie z. B. starke Einschnitte beim Auto fahren. Was ist Ihre Philosophie und wie kann man das zusammenführen? Wie ist Ihre Position? Sie waren früher SPD-Bundestagsabgeordnete.

**Ulrike Mehl:** Zunächst einmal kann man sagen, dass alle Leute, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Umweltschutz bewegt haben, im Grunde genommen das vorausgesagt haben, was heute eintritt. Und darum sagen alle, wir müssen mehr tun für regenerative Energien, für sparsame Technik, all das, was wir heute als breite Palette kennen. Die Argumente sind leider nur immer beiseite gewischt worden. Insofern hat Michael Müller recht, das Umweltthema steht heute mitten in der Gesellschaft und wir müssen klar machen, dass Energiepreise weiter steigen werden. Michael Müller ist gerade einer von denen, die schon seit 20 Jahren warnen, dass die Energiepreise steigen werden, und zwar unweigerlich. Und das hat mit Umweltschutz nichts zu tun, sondern mit der Tatsache, dass die Naturressourcen begrenzt sind. Und genau in dieser Falle sitzen wir jetzt. Wir haben 60, 70 Jahre oder länger darauf gesetzt, dass wir eine mobile Gesellschaft sind, dass wir getragen werden von Wachstum und Wohlstand und haben jahrzehntelang mehrheitlich geglaubt, dass das so weitergehen kann. Und insofern ist es traurig, dass wir recht behalten haben und es so schnell gegangen ist. Ich habe nicht damit gerechnet, dass innerhalb eines Jahres die Energiepreise derartig ansteigen können. Aber diese Tatsache macht das Problem auch deutlicher und führt somit hoffentlich leichter zum Handeln.

Heute müsste darüber diskutiert werden, wie wir ein politisches System entwickeln können, in dem man vorhandene Ideen auch durchsetzt. Nach dem was Uli Kelber berichtet, kann ich mir lebhaft vorstellen, wie schwierig das ist. Ich weiß, dass es extrem schwer ist, in solchen politischen Konstellationen, wie wir sie haben, etwas Vernünftiges durchzusetzen. Dennoch müssten jetzt gravierende Dinge geschehen. Ich finde, der Staat sollte auch das Thema Daseinsvorsorge ernst nehmen. Stattdessen wird der Bereich Daseinsvorsorge seit Jahren privatisiert, mit der Unterstellung, dies sei wirtschaftlicher. Ich halte das für den falschen Weg. Auch das Thema freiwillige Selbstverpflichtung, das nicht zum Standard gehörte, sondern zur Ausnahme. Denn die Industrie setzt ausschließlich das um, was ihr gesetzlich vorgeschrieben wird, keinen Jota mehr. Bis es dazu kommt, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine anspruchsvolle Gesetzgebung zu verhindern. Das letzte Beispiel, das ich erlebt habe, ist der Rußpartikelfilter. Da hat VW ständig gesagt, das ginge überhaupt nicht, das könnten sie nicht finanzieren, die Autos würden viel zu teuer und es ginge schon allein deshalb nicht, weil es nicht genügend Rußfilter gäbe. Dann haben wir uns ein halbes Jahr darüber auseinandergesetzt, ob es geht oder nicht. Dann hat die Fraktion einen Antrag pro Rußfilter beschlossen und nur zwei Wochen später wurde von VW Werbung gemacht mit: "Wir sind die ersten, die bei den kleinen Fahrzeugen Rußpartikelfilter einbauen." Wenn die Wirtschaft und Industrie vorausschauendes Planen zur Grundlage machen würden, dann hätten wir auch andere Ergebnisse.

Mobilität muss bezahlbar sein, Heizen muss bezahlbar sein, natürlich. Nur die Antwort darauf "Wie machen wir das?" "Für wen ist es bezahlbar und was ist gerecht?" Darüber, wer was gerecht findet, kann man sich sehr wohl streiten. Ich kenne eine Familie, die in einem großen Bungalow wohnt, einen Porsche Cayenne und einen Audi A 8 fährt und außerdem einen Sportporsche ihr Eigen nennt. Die regt sich darüber auf, dass die damals neu eingeführte Ökosteuer völlig unakzeptabel

tabel und zu teuer sei. Das fand diese Familie in ihrem Sinne ungerecht. Ich aber finde es ungerecht, wenn Leute in die Randbezirke ziehen, dann täglich mit dem Auto zum Arbeitsplatz in die Stadt fahren und dafür Geld bekommen, während diejenigen, die in der Stadt wohnen, nichts bekommen.

Meine Nachbarin, als Sekretärin tätig, muss jeden Tag eine Stunde mit der S-Bahn zum Büro fahren und bezahlt ihre Umweltkarte mit 680 Euro allein. Die findet das natürlich auch ungerecht. Die Frage, was ist gerecht oder ungerecht, wird sicher subjektiv gesehen werden. Aber es wird noch dicker kommen. Was machen wir in der postfossilen Zeit? Was ist, wenn wir nicht mehr Auto fahren können, weil die Treibstoffe aufgebraucht sind? Darauf müssen wir eine Antwort finden. Wir können ja nicht sagen, wir fahren gar nicht mehr. Dass die Autos abgeschafft werden, fordert auch kein Umweltverband. Aber wir müssen uns jetzt dringend Gedanken darüber machen, mit welcher Mobilität wir in der Zukunft rechnen können und ob unsere Strukturen überhaupt noch dazu passen bzw. wie wir sie ggf. ändern müssen. Wir haben ein Gesellschaftssystem im Zusammenhang mit einer Wirtschaft, die nicht nachhaltig ist. Diese Form kann langfristig nicht überleben. Deshalb ist der von uns ins Leben gerufene Nachhaltigkeitsrat beauftragt, Lösungsansätze aufzuzeigen. Bisher hält der Nachhaltigkeitsrat eine rote Ampel nach der anderen in den gemeinsam abgesteckten Bereichen hoch. Das kann ja so nicht bleiben. Deshalb frage ich mich, wie die vorhandenen guten Ideen endlich in politische Beschlüsse umgesetzt werden können. Dabei braucht man gar nicht mehr so viel Neues zu erfinden. Es muss nur endlich getan werden.

**Thimm Krägenow:** Herr Kelber, droht uns eine Situation, in der die Energiepreise so stark steigen, dass einfach nur noch ganz kurzfristiges Agieren möglich ist? Immer mehr Parteien fordern, die Verbrauchsteuern in irgendeiner Form zu senken, also Benzinsteuern oder andere Steuern senken, weil man zu einer sofortigen Entlastung kommen will. Früher hat man ja immer gedacht, dass es schon eine Anpassung geben wird, wenn die Ölpreise, die Energiepreise steigen. Dann wird der Markt so reagieren, dass der Verbrauch sinken wird. Im Moment könnte aber auch der paradoxe Effekt eintreten, dass die Preise steigen. Dann können wir gar nichts mehr investieren in Effizienz und neue Energieformen. Droht dieser Effekt?

**Ulrich Kelber:** Dieser Effekt droht nicht, der wird ab September genau bis Mai, Juni 2009 so gehen. Dann wird er in der Auslaufphase bis zur Bundestagswahl sein. Spätestens mit den Erhöhungsschreibern bei den Gaspreisen, die mehr die Mieterinnen und Mieter betreffen. Jetzt bei den Einkäufen bei ihren Erdöllieferanten wird genau das losgehen. Es wird den Populismus der wettlaufenden Lösungen geben. Nicht die Strukturen anfassen, nicht die langfristige Lösung, sondern wer hat mehr Vorschläge, das Ganze mit mehr Geld zuzuschmeißen. Das Beispiel mit den Steuern ist doch klar. Die Energiekonzerne heben – wo Wettbewerb fehlt – die Preise so stark an, bis die Nachfrage zusammenbricht. Wird die Steuer gesenkt, wird das innerhalb kürzester Zeit amortisiert durch höhere Margen, dort, wo es machbar ist. Aber das geht soweit, dass selbst erfolgreiche Förderprogramme nicht durch mehr Geld besser werden. Beim Gebäudesanierungsprogramm habe ich dieses Jahr 1,4 Mrd. Dann beginnt der Angstwettbewerb der Parteien.

Meine Partei ist in der schlechten Ausgangslage, weil sie den Finanzminister stellt und natürlich auch in den Umfragen von Rekord zu Rekord eilt. Auch wenn wir nicht allen diesen Umfragen Glauben schenken können, sonst wären wir nicht ganz so ruhig. Aber wir sind nicht für diesen Populismuswettbewerb geeignet. Aber stellen Sie sich mal vor, Sie haben ein 1,4 Mrd.

Gebäudesanierungsprogramm. Und jetzt sagt einer, um den Menschen im nächsten Jahr zu helfen, brauchen wir 3 Mrd. Was würden 3 Mrd. ausmachen, gar nichts. Es gäbe mehr Nachfrage als Angebot, die Preise würden steigen, der Markt würde heißlaufen. Was Politik sich endlich trauen muss zu sagen ist, wir haben nicht bei allem die schnelle Antwort für morgen. Aber wir trauen uns jetzt zu sagen, die 1,4 Mrd., die gibt es die nächsten zehn Jahre und dann vielleicht jedes Jahr ansteigend, weil der Markt jedes Jahr nach dem Motto wächst: stellt Mitarbeiter ein, bildet aus, baut neue Fabriken für Dämmmaterial, baut eine Fabrik, in der ihr doppelt so viel Holzpellets herstellt, die 20 Prozent billiger sind, weil ihr doppelt so viel herstellt. Vervierfach eure Solarthermieproduktion und senkt damit die Kosten um die Hälfte. Wenn wir uns trauen würden zu sagen, es ist ein Prozess von 10, 15 Jahren, würden wir viel mehr auslösen, um das wichtige Ziel, die nächste Generation nicht mit Schulden zu überdecken, damit nicht zu gefährden.

**Timm Krägenow:** Ich möchte schon das Publikum darauf vorbereiten, dass nach der nächsten Frage auch Sie aufgefordert sind, Fragen zu stellen und dann kommen Sie gleich zu Wort. Frau Mehl sagt jede Frage ist eine gute Frage, also bitte nicht schüchtern sein. Vorher möchte ich Herrn Billen fragen. Herr Eckart hat hier eben die Idee einer deutschen Ressourcenprämie vorgestellt, wonach jeder das Grundrecht auf den gleichen Energieverbrauch hat. Energieverbrauch muss bezahlt werden, die Rückerstattung erfolgt aber nicht durch einen Zuschuss an das Rentensystem, sondern durch einen festen Betrag für jeden Bürger in Deutschland. Dadurch ergibt sich eine große Umweltverteilungsmaschine, indem Umweltverbrauch verteuert wird und die Rückerstattung aber ganz sozial gerecht erfolgt, da jeder Bürger genau den gleichen Betrag bekommt. Herr Billen, können Sie sich vorstellen, dass das eine gute Lösung wäre, auch langfristig deutlich zu machen, es geht in Richtung weniger Energieverbrauch?

**Gerd Billen:** Ich müsste mir das noch genauer ansehen. Ich fand den Hinweis interessant, was ist sozusagen die Grundmenge an Verschmutzung, die jedem zusteht? Das sind nach den Berechnungen 2 Tonnen pro Konsument. Ich war z. B. letztes Jahr auf einem internationalen Verbraucherkongress in Sydney. Da kam vom Vertreter einer indischen Verbraucherorganisation der Vorschlag: Wer mehr verbraucht, kauft mir die Rechte dafür ab. Ich vertrete 200 Mio. Verbraucher in Indien, deren überschüssigen Rechte ich Euch in Form von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten anbieten kann. Wenn ich die Klimaherausforderung auf die Verbraucher herunterbreche, heißt das, dass wir von 10 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2008 auf 2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Konsument im Jahr 2050 kommen müssen. Das würde im Moment gerade ausreichen, um uns mit Lebensmitteln zu versorgen. Denn die Erzeugung und der Konsum unserer Nahrungsmittel machen ungefähr 2 Tonnen an unserem CO<sub>2</sub>-Budget aus. Das heißt: Jede Form von Energieerzeugung, jede Form von Transport muss bis zum Jahre 2050 CO<sub>2</sub>-frei sein, damit wir ab und zu ein Stück Fleisch essen können. Eine gewaltige Herausforderung! Interessant ist das Projekt mit den CO<sub>2</sub>-Kontingenten auch deswegen, weil man für Verbraucher folgende Rechnung aufmachen kann: Jeder emittiert 10 Tonnen jährlich. Bis zum Jahr 2020 soll das auf 5 Tonnen CO<sub>2</sub>/Jahr reduziert werden. Über den Emissionshandel kostet mich das 70 Euro im Jahr. Das ist nicht viel. Hier gibt es noch keine richtigen Anreize. Insofern ist zu prüfen, ob die Ressourcenprämie hier helfen kann. Aber ich wäre erst einmal dafür, sehr gezielt zu betrachten, welche Verbrauchergruppen vor welchen Aufgaben bei Gebäudesanierung, Mobilität und bei Strom und Wärme stehen. Schließlich müssen die energiepolitischen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren so gesetzt werden, damit Energiesparen wirksam wird.

**Timm Krägenow:** Jetzt habe ich auch schon den ersten Wortbeitrag aus dem Publikum, Prof. Ekardt.

**Prof. Ekardt:** Herr Staatssekretär Müller hat vorhin gesagt, ein Emissionshandel kann bestimmte Erträge gar nicht generieren, die man braucht und auch jetzt wird daran von Herrn Billen wieder angeknüpft, indem auf aktuelle Zertifikatspreise abgestellt wird. Wenn man sagt, dass Klimapolitik für jeden verständlich sein soll, dass jeder erfassen soll, wer trägt welche Lasten, welche Reduktionsleistungen werden erbracht, dann müsste man versuchen, mehr Instrumente zu einem einzigen zusammenzufassen. Es ist meines Erachtens sinnvoll, dass man Energieverbrauch teurer macht und das wiederum kompensiert. Wenn man so ansetzt, dann kommen u. U. für Zertifikate auch andere Preise heraus, als wir sie momentan im europäischen Emissionszertifikatehandel haben, der nur zwischen einigen Unternehmen stattfindet. Wenn ich mehr Aspekte von Energieverbrauch integriere, habe ich schon deshalb andere Preise. Außerdem kann ich mit Festpreisen oder mit Höchst- oder Mindestpreisen als Staat so etwas steuern. Und deshalb muss man generell entscheiden, konzeptionell diskutiert man das oder man geht vom jetzigen Instrumentenkanon aus und baut verschiedene Stellschrauben ein. In jedem Fall würde ich dafür werben, dass man alle einzelnen Aspekte sehr genau berücksichtigt. Und da sind auch die ganzen Subventionstatbestände, Steuererleichterungen usw. genau zu bedenken.

**Timm Krägenow:** Jetzt haben wir Herrn Rips, der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes.

**Dr. Franz-Georg Rips:** Ich möchte ein paar Anmerkungen machen. Was mir heute zu kurz gekommen ist, ist die Frage: Was regelt der Markt und wieviel ordnungsrechtliche Vorgaben brauchen wir? Das ist in der Diskussion auch von einigen angesprochen worden. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir die Klimaschutzziele nur mit klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben erreichen. Diese aber fehlen oder sind unklar. Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: Wir bekommen ein Erneuerbare Energien Wärmegesetz bei der Produktion von Warmwasser und Wärme im Wohnbereich. Nun versuchen bestimmte Klientelgruppen Druck auszuüben. Wohnungsneubau gibt es in Deutschland eigentlich gar nicht mehr, die Aktivitäten finden im Wohnungsbestand statt. Also wird die Chance, durch ordnungsrechtliche Vorgaben die erneuerbaren Energien stärker einzusetzen, im Wohnbereich im Prinzip gegen Null reduziert. Das kann nicht richtig sein, weil man gewissermaßen Praxis und Anwendungserfahrung benötigt, um die Erneuerbaren Energien stärker einsetzbar zu machen. Also ordnungsrechtliche Vorgaben klarer anmahnen und auch ein bißchen mehr Kampf der SPD im Gespräch mit dem Koalitionspartner.

Soziale Gerechtigkeit definiert sich auch, wie die Menschen betroffen sind. Zum Beispiel Hartz IV wird um 4 Euro erhöht auf 351 Euro, die Warmwasserkosten sind von den Hartz-IV-Beziehern zu bezahlen, die Haushaltsenergie auch, für die die Kosten explodiert sind. Dem wird man überhaupt nicht gerecht, wenn man den Regelbedarf der Hartz IV-Kosten erhöht. Oder das Beispiel Wohngeld. Wohngeld wird vom Bundestag verabschiedet mit einer Heizkostenkomponente, der Bundesrat stoppt es und bringt es wieder in den Vermittlungsausschuss. Eine klassische sozialpolitische Maßnahme, die durch die Einbeziehung der Heizkosten geeignet ist, eine soziale Komponente zu bewirken. Dann zum Thema Entfernungspauschale. Ich dachte, dass wir dieses Thema, was Suburbanisierung weiter verstärkt, das Zersiedlung bringt, was neue Energieverbräuche produziert, weil die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeit gefördert wird, eigentlich hinter uns hätten. Und jetzt fangen wir wieder an, über neue Entfernungspauschalen zu diskutieren. Der Vorteil der

Menschen, die auf dem Land wohnen, liegt doch auch darin, dass sie Bauland zu wesentlich günstigeren Preisen erwerben konnten als in der Stadt. Und dass sie auch wesentlich preisgünstiger bauen konnten. Warum dann auf dem Weg zur Arbeit zusätzlich noch eine Förderung stattfinden muss, erschliesst sich mir jedenfalls nicht. Dieses Geld sollten wir lieber für andere Ziele einsetzen. Ich glaube, dass wir eine vernünftige Balance brauchen bei den Energiekostensteigerungen zwischen Belastungen der Vermieter, Belastungen der Mieter und einer wirksamen öffentlichen Förderung.

Und dann will ich noch einmal aufgreifen, was Herr Billen gesagt hat. Durch die Explosion der Energiekosten hat der Staat hohe Mehreinnahmen. Ich fordere keine Reduzierung der Steuern. Aber ein gezielter verstetigter Einsatz dieser Mehreinnahmen für Energieeffizienzmaßnahmen ist ganz wichtig, damit die Investoren sicher darauf setzen können. Damit könnten wir weit mehr erreichen als mit der jetzigen Ausstattung der Fördermittel. Und ich sage auch noch einmal, dass wissen auch die Akteure hier, in den rechtlichen Fragen, Contracting z. B., ist der Mieterbund offen für vernünftige Lösungen. Aber die Politik greift sie im Augenblick nicht auf. Es gibt klare und konkrete Vorstellungen und Vorschläge, die in der Sache vernünftig sind und auch wirken würden. Noch mal meine Bitte, daran aktiv mitzuwirken, die Rahmenbedingungen muss die Politik setzen.

**Gerd Lottsiepen:** Das wichtigste klimapolitische Instrument, das zur Zeit verhandelt wird, ist der CO<sub>2</sub>-Grenzwert für neue Pkw. Der wird in Europa verhandelt und morgen wird Umweltminister Gabriel dazu im Umweltministerrat Stellung nehmen. Dieses Instrument würde zu einer nachhaltigen Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Pkw führen. Und langfristig würde es die Energiekosten für Verbraucher deutlich senken. Nun ist es leider so, dass die Deutsche Bundesregierung im Schulterschluss mit dem VDA und leider auch mit dem IG Metall-Vorsitzenden dagegen Sturm läuft und in Brüssel mächtig gegen einen ambitionierten Wert lobbyiert. Der Wert soll verwässert und zeitlich nach hinten geschoben werden. Und meine Frage an Herrn Kelber und an Herrn Rohde ist: Wirken Sie in Ihre Organisation hinein, dass dieses klima- und sozialpolitisch wichtige Instrument durchkommt? Der Grenzwert führt dazu, langfristig die Energiekosten zu senken dass Autos im Durchschnitt 1 oder 2 Liter weniger verbrauchen. Was tun Sie dafür, dass dieses Instrument, das das Klima schützt und das Portemonnaie der Arbeitnehmer schont, nicht weiter durch die deutsche Politik verwässert wird?

**Timm Krägenow:** Herzlichen Dank. Das greifen wir jetzt mal auf. Vielleicht ist das Auto auch deshalb so schwer zu reformieren, weil da 60 Mio. Entscheidungsträger in Deutschland unterwegs sind, die auch gleichzeitig Wähler sind. Und da ist es schwieriger, etwas voranzubringen. Man sieht das auch an Initiativen, die für den Bau von Elektroautos entstehen, an Firmen, die sich vornehmen, mit viel Kapital Elektroautos herzustellen. Die gehen nicht nach Deutschland. Auch das Hybridauto ist nicht in Deutschland marktreif gemacht worden, weil wir so erfolgreich sind mit dem historischen Modell Ottomotor, Dieselmotor und weil wir uns nicht vorstellen können, dass es hier etwas Neues geben könnte. Die Frage ist also: Wie bekommen wir in so einem Markt, wo so viele Entscheider sind und wo es so viele Chancen für Populismus gibt, wie kommen wir dahin, dass die Weichen auf Innovation gestellt werden?

**Gerd Lottsiepen:** Ich denke, wir sind ein Stück näher an der Zeitenwende und die Beispiele, die ich am Anfang genannt habe, sind Indizien dafür. Es ist ja nicht so, dass unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen bei VW oder Ford z. B. die Probleme nicht mitbekommen, die General Motors in

Amerika hat. Es muss relativ schnell mit einer fairen Zeitachse der CO<sub>2</sub>-Grenzwert verabschiedet werden. Der VCD kämpft seit 15 Jahren für verbindliche Regelungen und wir haben auch die Selbstverpflichtung der Autoindustrie öffentlich kritisiert. Wir sind für einen Wert von 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer, mindestens aber brauchen wir den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Wert von 130 Gramm. Wir sind der Überzeugung, dass es Technologieschübe braucht, um zukunftsfähige Verbrauchswerte zu erreichen. Aber ich weiß auch, dass einiges in den Schubladen liegt, und ich mache auch jede Wette in diesem Saal, dass in dem Moment, in dem die EU-Regelung inklusive Zeitachse in Umrissen klar ist, dass dann auch die technologisch veränderten, d. h. emissionsärmeren und sparsameren Fahrzeuge schnell auf den Markt kommen.

Meine letzte Bemerkung, unabhängig vom Thema Pkw, ist, dass wir auch den Aspekt sehen sollten, das Ganze auch zu einem technologischen Fortschrittsprojekt zu machen. Ich komme noch einmal ganz kurz auf die regenerative Energie. Das ist der Jobmotor per excellence. Und wenn Sie sagen, das war ein bißchen teuer, diese Arbeitsplätze zu schaffen, dann sage ich Ihnen, es ist gut investiertes Geld 180.000 bis 200.000 Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig das Klima zu schützen mit Produkten, die weltweit exportfähig sind.

**Timm Krägenow:** Herr Kelber, ein Punkt war, dass der Staat durch die gestiegenen Energiepreise viele Zusatzeinnahmen hätte. Da haben Sie den Kopf geschüttelt. Und wie schafft man es, einen Markt mit vielen Entscheidungsträgern wie den Automarkt, zur Erfolgsgeschichte zu machen wie bei den erneuerbaren Energien?

**Uli Kelber:** Wir haben jetzt in diesem Augenblick definitiv keine wesentlichen Mehreinnahmen, weil die Leute mit einer Kaufzurückhaltung reagiert haben. Es wird sich zeigen, ob das in eine Verbrauchsminderung, wie z. B. beim Heizöl, umschlägt oder nicht. Aber die Verbrauchsminderung war so groß, dass die Mehreinnahmen dadurch kompensiert wurden. Dass natürlich alle Finanzminister immer klebrige Finger für die Gesamthaushalte haben, ist klar. Dennoch sollte man die Linie durchhalten, die wir einmal vereinbart haben: Die Einnahmen aus dem Emissionshandel, — und zwar die Nettoeinnahmen — müssen 1 : 1 für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Energieverbrauchsminderung ausgegeben werden. Gut finde ich, dass wir uns darauf geeinigt haben, 30 Prozent für unsere internationalen Verpflichtungen auszugeben. Diese hängen mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit zusammen. Das sind dieses Jahr immerhin schon 240 Mio. in Deutschland. Und man kann davon ausgehen, dass die Gesamtmenge, also national und international, auf 650 Mio. Euro im nächsten Jahr steigt. Ab 2013 unterhalten wir uns über ganz andere Summen in Milliardenhöhe. Übrigens, auch die Finanzquelle für das, was Angela Merkel dann in Abstimmung mit uns auf der Biodiversitätskonferenz zusagte, kommt daher.

Wir haben keine beliebigen Mehreinnahmen. Aber das ist eine verlässliche Quelle. Und da das auch etwas ist, was die Stromkundinnen und Stromkunden und auch andere Kunden zahlen, sollte das genau 1 : 1 dafür ausgegeben werden, den Menschen zu helfen, weniger zu verbrauchen. Beim Auto halte ich allerdings nicht die Autofahrerinnen und Autofahrer für die Innovationsbremse. Was der Politik manchmal gut tun würde, wäre nicht über 120, 130 Gramm zu sprechen, sondern zu sagen, wir machen den Klimaschutz ja nur im zweiten Ziel. Und wenn wir dann sagen, 2020 müssen alle Neuzulassungen bei 80 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer sein, dann heißt das doch nichts anderes, als dass sie nur 3,6 Liter im Durchschnitt verbrauchen dürfen. Wir wollen Auto fahren bezahlbar halten. Dann würde man auch eine größere Begeisterung dafür wecken können. Wir ha-

ben allerdings auch hier zwei typische Probleme. Erstens: Die Verhandlungen hat das Bundeskanzleramt an sich gezogen. Dort hielt man das Bundesumweltministerium anscheinend für zu kompromisslos. Und das wird ein Themenfeld sein, bei dem die Kanzlerin medial nicht als Klimakanzlerin gelten wird, sondern als Industriepolitikerin. Zweitens: Und genau da geht es um die Frage, wie setze ich den richtigen Anreiz. Die Autos, die im Jahr 2012 verkauft werden, werden zu 70 - 80 Prozent vor 2008 konzipiert sein. Wenn ich also zu spät komme, fällt es schwer, umzulenken. Jetzt zu sagen, was 2020 notwendig wäre, wäre unglaublich wichtig, um über 2012 hinaus zu denken. Wenn man nicht nachgibt, kann man Innovation auslösen.

Ein Beispiel wäre zu sagen, die Ziele für 2012 sind gesetzt, aber wir geben euch eine Chance: Jedes Fahrzeug, das weniger als 50 g CO<sub>2</sub> pro Kilometer emittiert, wird während der Anfangsjahre doppelt oder dreifach gerechnet. Das hätte zur Folge, dass Elektroautos sehr viel schneller auf den Markt kommen könnten. Ich schwärme immer davon, morgens in meine Garage zu kommen und mein Auto begrüßt mich und sagt, ich habe heute nacht 3,57 Euro am Stromhandel verdient. Als es zu wenig Strom gab, habe ich aus meinem Puffer verkauft. Und als dann um 03.00 Uhr signalisiert wurde, dass es überschüssige Windenergie gibt, habe ich für 0 Cent eingekauft. Das ist eine Vision für die Zukunft. Ich verdiene doch am Autofahren.

**Timm Krägenow:** Da wir hier mit dem Thema soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz befasst sind, frage ich Sie, ob dieser Aspekt genügend berücksichtigt ist bei der Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel? Man hätte auch sagen können, wir machen einen Einstieg in die Ressourcenprämie, die jetzt in den Anfängen diskutiert wird. Und man sagt, wir geben das Geld nicht über die Senkung der Stromsteuer zurück, weil dann einfach die Strompreise erhöht würden. Aber wir geben es zurück, indem wir jedem Bundesbürger einen Scheck über 5 Euro schicken. Damit könnte man ganz klar darlegen, dass es eben keine Belastung gibt und dass sich der Staat nichts aus dem Klimaschutz nimmt.

**Ulrich Kelber:** Ich gehöre persönlich zu den Skeptikern dieses Öko-Bonus, der Ressourcenprämie oder des Personal Carbon Trade Compagnon in Großbritannien. Nehmen wir jetzt mal die Einnahmen dieses Jahres, die auf Dauer viel mehr werden. 400 Mio. sind 5 Euro pro Person. Das löst in einem Haushalt, der nicht investieren kann, überhaupt nichts aus. Vielmehr muss ich als Staat dafür sorgen, dass Technologien in Massenproduktionen kommen. Wenn ich ein Marktanreizprogramm habe, in das ich die Hälfte dieser 400 Mio. stecke und dadurch die Solarenergie in Massenproduktion kommt, dann habe ich doch viel mehr erreicht, als wenn ich jedem von ihnen 5, 20 oder 50 Euro im Jahr überwiesen hätte. Denn so werden erneuerbare Energien bezahlbar und es ist auf einmal billiger, als mit Gas oder Öl zu heizen. Ich glaube, dahinter steckt ein wenig die Idee der FDP, die Maximierung des Individualinteresses ist gleich das Gesamtinteresse der Gesellschaft. Da muss man nicht die absolute Linksparteiideologie gegensetzen. Ich glaube eine gesunde sozialdemokratische Mischung aus individuellen Interessen und Gemeinschaft ist die richtige Antwort.

**Kreutzig, Klima- und Transportökonomie, University of Berkley:** Thema Flugverkehr. Der Flugverkehr ist derzeit stark subventioniert im Vergleich zur Bahn, z. B. wegen nicht vorhandener Steuern, fehlender Teilnahme an Emissionshandel, das Thema ist hier noch nicht aufgekommen. Wäre es nicht richtig, hier anzusetzen durch eine Ticketabgabe wie in Frankreich oder Großbritannien, inländische Flüge 20 Euro, ausländische Flüge 40 Euro. Es ist einerseits wichtig wegen des Umweltgedankens und zweitens weil der Flugverkehr im Vergleich zum Autoverkehr bei der Besteuerung

erung extrem progressiv wäre, weil nur ein kleiner Teil für einen großen Anteil der Flüge verantwortlich ist. Hierbei hätte man genau die sozial progressiven Effekte.

**Aribert Peters, Bund der Energieverbraucher:** Ich finde es gut, dass dieses Thema hier aufgegriffen wird. Wir müssen überlegen, wie wir einer halben Million Menschen jährlich helfen können, die den Strom und Gas jährlich abgestellt bekommen – diese Zahl wird sich erhöhen. Insofern finde ich es gut, dass sich die SPD dieses Themas annimmt. Ich befürworte auch, dass man die Umweltsteuer sozusagen in eine Pro-Kopf-Prämie umlegt, das ist eine sinnvolle Idee, die für jeden nachvollziehbar ist. Im Grunde geht auch das Stromtarifmodell "500 Kilowattstunden billiger" ja darauf hinaus, dass man jeder Person einen Bonus zukommen lässt. Dieses Tarifmodell hat natürlich dann das Problem, dass man die Köpfe zählen muss, die in einem Haushalt leben.

Ich denke auch, dass das Aufkommen um diese Pro-Kopf Steuer auf einen nennenswerten Betrag aufzustocken ist, vielleicht finanziert aus einer höheren Energiesteuer. Bezüglich EEG-Umlage und der Belastung bin ich anderer Meinung als Herr Billen. Hier werden viele unredliche Dinge in die Welt gesetzt, nämlich dass sich die Fotovoltaikindustrie dumm und dämlich verdient und dass die Umlagen in unermessliche Höhen wachsen. Ich denke, das sind alles Schauergeschichten, die von denen in die Welt gesetzt werden, die um ihr Geschäft fürchten. Ich finde es eine gute Idee, wenn Energieverbraucher anfangen, sich selber mit Energie zu versorgen. Aus meiner Sicht spreche ich hier für 13 .000 Energieverbraucher. Man sollte daran festhalten, die erneuerbaren Energien zügig auszubauen, weil das eine Verbilligung für alle Energieverbraucher bringt.

**Timm Krägenow:** Herzlichen Dank. Herr Billen, Sie vertreten hier die Verbraucher, Flugverkehrssteuer, sozial sehr progressiv. Ist das aus Ihrer Sicht eine sinnvolle Maßnahme oder sagen Sie dann, nein wird sind Verbraucher, wir wollen eigentlich gar nichts bezahlen.

**Gerd Billen:** Ich weiß nicht, welche Verbraucher Sie kennen. Aber die, mit denen ich spreche, haben schon ein hohes ökologisches soziales Bewußtsein. Ich finde es richtig, den Flugverkehr in eine Besteuerung einzubeziehen, weil es eine Gleichheit zwischen Verkehrsmitteln schafft. Wir haben in den letzten Jahren einen Markt geschaffen, der dazu beigetragen hat, die Sitten zu verderben. Wenn man für 20 Euro zum Shoppen nach Madrid fliegt und es ist einem gleich, wieviel CO<sub>2</sub> dabei rauskommt, das ist nicht in Ordnung. Und da das nicht nur über den Appell an das individuelle Verhalten zu lösen ist, muss hier in einem ersten Schritt dafür gesorgt werden, dass diesen Verkehrsmitteln auch die Umweltkosten angelastet werden, die es verursacht. Das machen wir ja auch mit der Bahn und dem Kfz-Verkehr, damit hier erst einmal eine Kostenklarheit herrscht. Und dann kann jemand noch immer entscheiden, wie und wie oft er es macht oder lässt. Das hat natürlich eine soziale Komponente. Aber Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft gibt es auch ohne Klimaschutz und ohne CO<sub>2</sub> und insofern halte ich das für eine Überspitzung. Wir haben eine ungleiche Gesellschaft, aber ich kann nicht alles auf die Klimapolitik abladen.

**Timm Krägenow:** Frau Mehl, Sie wollen noch einmal kurz ins Grundsätzliche gehen.

**Ulrike Mehl:** Ich will noch einmal festhalten, dass auf der einen Seite die Detaildiskussion notwendig ist, auch über flugtechnische Fragen oder über gesamtpolitische Detailfragen. Das Ganze darf aber nicht aus den Augen verloren werden. Denn dazu gehört aus meiner Sicht erstens: Wir brauchen einen starken Staat und keinen schwachen Staat. Zweitens: Wir müssen von der freiwilligen

Selbstverpflichtung in den wichtigen Bereichen wegkommen, wir müssen ordnungsrechtlich bestimmte zentrale Fragen durchsetzen. Und ich glaube, es muss auch mit dem Privatisierungswahn, der seit etlichen Jahren läuft, Schluss sein. Denn bei elementaren Fragen wie Wasser, Abwasser, Wohnmöglichkeit usw. können nicht generell die Interessen privater Unternehmen unter Gewinnmaximierungsgesichtspunkten gelten. Es kann in Einzelfällen sein, aber in der Summe wünsche ich mir einen Staat, der umsetzen und auch kontrollieren kann. Denn personell ausgedünnte Verwaltungen sind häufig überhaupt nicht mehr in der Lage, die Einhaltung der Gesetze zu kontrollieren. Was nützt mir eine Niedrigenergiehausverordnung, deren Einhaltung keiner mehr kontrollieren kann.

Deswegen kann ich nur alle ermuntern zu sagen, keine generelle "wir geben alles an die Gesellschaft und jeder ist seines Glückes Schmied", Amerikanisierung hoch Drei, sondern wir sollten den Mut haben und sagen, wir wollen einen starken Staat, der auch entsprechende Entscheidungen trifft und garantiert, dass es für die Menschen gleiche Grundbedingungen gibt. Das gilt übrigens auch für Einkommen. Es ist nicht nur eine Frage, was kann und will ich mir leisten. Mit einem Stundenlohn von 5,50 Euro kann ich den ganzen Tag arbeiten und mir trotzdem kein Biofleisch leisten. Wir müssen also dafür sorgen, dass wir gleiche Ausgangsbedingungen haben. Wenn ich Freiheit für den Einzelnen haben will, dann muss ich sie für den Einzelnen auch in einer gewissen Weise beschränken können, damit alle auch Freiheit haben können. Und dies gilt auch im Sinne einer gesunden Umwelt.

**Timm Krägenow:** Herzlichen Dank. Herr Kelber, ich glaube, es gibt noch eine Frage, an der man ganz konkret sehen kann, wie Soziales und Klimaschutz miteinander zusammenhängen, nämlich bei Hartz IV, d. h. bei Empfängern von Sozialtransfers. Diese bekommen ja ihre Heizkosten vom Staat bezahlt. Und dort gibt es eine soziale Regelung, die dazu führt, dass Anreize wegfallen, mit Energie sparsam umzugehen. Ich möchte Sie an diesem ganz kleinen Beispiel fragen, wie kann man bei Sozialtransfers Anreize für die Berücksichtigung von Umwelteffizienz schaffen?

**Ulrich Kelber:** Darf ich Toni Schaaf bitten, darauf zu antworten?

**Anton Schaaf:** Ich glaube, dass diese Erstattungsregelung Nachteile hat. Das ist immer so bei pauschalen Erstattungen, weil sie nicht dazu animieren, weniger Energie zu verbrauchen. Beispielsweise könnte man aber darüber nachdenken, ob man nicht Einmalleistungen zulässt. Zum Beispiel an der Stelle, an der man einen neuen Kühlschrank braucht. Dann könnte der Staat in den neuen Kühlschrank investieren und behilflich sein. Individuell kann man das nicht. Jemand, der Hartz IV bekommt, hat praktisch die Entscheidungsmöglichkeit zwischen Legebatterieneiern und Bioeiern nicht, weil er nicht ausreichend Geld hat. Das kann ich ihm aber nicht zum Vorwurf machen. Ich muss ihm dabei helfen, die Entscheidung treffen zu können. Wir haben ja vorhin über den Handel mit Zertifikaten gesprochen, d. h. Individualisierung der Umweltverantwortung. Dann müssen die Menschen aber in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung auch wahrnehmen zu können. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, wenn ich Verantwortung individualisiere. Menschen, die Transferleistungen erhalten oder geringe Einkommen haben, sind oft nicht in der Lage, individuelle Verantwortung wahrzunehmen, nicht weil sie nicht wollen, sondern weil sie materiell nicht können. An der Stelle müssen wir behilflich sein und nicht über Pauschalleistungen reden, sondern über konkrete Sachleistung, damit kann man eine Menge bewegen. Die Diskussion über

Sachleistung gibt es übrigens. Wenn man die noch mit der Umweltfrage verknüpft, ist man schon einen Schritt weiter.

**Timm Krägenow:** Herzlichen Dank. Wir schließen jetzt hier unsere Diskussion. Ich danke herzlich den Teilnehmern hier auf dem Podium und dem Publikum. Es gibt noch ein kurzes Schlusswort von Marco Bülow.

Wir haben gehört, dass uns ein Herbst des Populismus droht und dass jetzt ein Jahr lang nur ganz schnelle Vorschläge gemacht werden. Wir hoffen alle, dass es so nicht kommen wird, wenn wir es auch befürchten. Jetzt hören wir das Schlusswort. Herzlichen Dank noch einmal von hier oben und an alle im Publikum.

.....

# Resumée und Ausblick

## Marco Bülow, MdB Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Vielen Dank! Vielen Dank auch Ihnen, Herr Krägenow, dass Sie uns durch das Programm geführt haben. An Ihre letzten Worte, was die populären Vorstellungen angeht, werde ich in meinem Schlußwort anknüpfen. Wir haben heute viele Fragen aufgeworfen, die eine oder andere Lösungsmöglichkeit zumindest vorgegeben, vieles muss aber noch stärker diskutiert und ausformuliert werden. Es ist jedoch nicht so, dass wir bei Null anfangen. Es ist auch keine Veranstaltung, die ein neues Thema aufwirft. Aber es ist eine Veranstaltung, die zwei Themen stärker zusammenführt und den Focus darauf richtet, was in der Vergangenheit so nicht stattfand. Der Klimawandel und dessen soziale Dimension stellen eine große Herausforderung dar. Das liegt psychologisch auch darin begründet, dass der Mensch nicht dazu neigt, nachhaltig zu denken, langfristig zu denken, sondern sehr kurzfristig orientiert ist. Wenn es eine Gefahr gibt, weiß sich der Mensch darauf einzurichten und aus den Fehlern zu lernen. Meistens mussten aber Katastrophen entstehen, Unfälle passieren, damit ein Lerneffekt stattfinden konnte. Man denkt oft sehr viel kurzfristiger als nachhaltig zu denken. Bei Politikern ist das besonders ausgeprägt, weil die nächste Wahl immer stärker in den Focus gerät, je näher sie rückt. Aber selbst Journalisten haben den Hang, kurzfristig zu denken, man will die Schlagzeile produzieren, die die Menschen im Augenblick interessiert und nicht kompliziert erklären.

Es ist eine große Herausforderung, genau diese Kurzfristigkeit zu überwinden. Wir müssen natürlich darauf Antworten geben, was die Menschen jetzt konkret betrifft. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, an Konzepten zu arbeiten, die uns vielleicht nicht heute, aber morgen oder mittel- und langfristig helfen. Als Beispiel nehme ich noch einmal die erneuerbaren Energien, mit denen ich auch begonnen habe. Ich glaube, das ist eine gute Investition, die wir dort leisten, nicht nur weil wir CO<sub>2</sub> einsparen, sondern weil wir in Deutschland in kürzester Zeit den Anteil der erneuerbaren Energien verdoppeln konnten und 250.000 Menschen einen Arbeitsplatz gegeben haben. Das ist ein Job-Wunder, über das viel zu wenig gesprochen wird. Wir wollen den Anteil bis 2020 wieder verdoppeln und 500.000 Menschen in Arbeit bringen. Das sind auf der einen Seite Kosten, die entstehen, aber auch viele Einnahmen. Deswegen darf auch die Kostendiskussion nicht einseitig sein wie bei der Energieabrechnung. Man muss vielmehr sehen, welche Nebenkosten entstehen, z. B. Gesundheitskosten oder Umweltkosten. Das muss bei der ganzen Diskussion mit betrachtet werden

Abschließend möchte ich sagen, die SPD ist in dieser Bundesregierung mit Uli Kelber und unserem Umweltminister und vielen anderen aus der Fraktion ein Garant dafür, dass wir überhaupt dieses Klimapaket auf den Weg bringen konnten. Mit diesem Klimapaket, welches wir diese Woche noch verabschieden, sind wir auf dem Weg, 35 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung hinzubekommen. Das ist viel mehr, als noch vor Jahren diskutiert worden ist. Trotzdem sagen wir, wir wollen auf die 40 Prozent kommen. Das sind noch 5 Prozent, über die wir diskutieren müssen. Und wir sollten die Diskussion damit eröffnen, dass wir sagen, wir wollen auch die soziale Dimension dabei stark berücksichtigen. Zu dieser Diskussion lade ich Sie alle herzlich ein. Ich glaube, wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass wir die 5 Prozent schaffen und dann wirklich das Vorreiterland sind mit 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung mit oder trotz der Beachtung der sozialen Dimension.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch einen schönen Tag.

## Notizen

---